

JAHRES
BERICHT
2013



IMPRESSUM

Herausgeber und Medieninhaber: Österreichische Universitätenkonferenz

Generalsekretariat, Floragasse 7/7, 1040 Wien

Tel.: +43 1 310 56 56-0, Fax: +43 1 310 56 56-22, E-Mail: office@uniko.ac.at

Homepage: www.uniko.ac.at

Redaktion: Manfred Kadi, Generalsekretariat

Gestaltung: www.goldmaedchen.at

Fotonachweise: Franz Pflügl, Luigi Caputo; SommerArt, Leonhard Hilzensauer; BMWF;

WU/Christof Wagner; Gergely Timar; Boku; MedUni Innsbruck; Vetmed; Maria Kanizaj;

WWTF; TU Wien/Raimund Appel; Josef Polleross; Heribert Corn; MedUni Wien/Matern;

Elisabeth Grabenweger; APA/picturedesk.com – Hans Klaus Techt; RFTE;

Michael Rausch-Schott; Osaka; Falter; uniko-Archiv

Druck: glanzlicht print producing

- 2 **Die Universitäten zwischen Seelenpein und Zuversicht**
Heinrich Schmidinger
- 3 **Marke uniko reloaded: Auftritt im neuen Design**
Elisabeth Fiorioli
- 4 **Näherungswerte für Lösungen bei Budget und Massenfächern**
Karlheinz Töchterle
- 5 **Neue Ressortstruktur als Chance für Wissenschaft**
Reinhold Mitterlehner
- 6 **Auflösung, Ablöse und halbherzige Lösungen**
JAHRESRÜCKBLICK
- 8 REKTORATSCHRONIK
- 9 **Der Mehrwert von Erasmus plus**
Doris Pack
- 10 **„Vielleicht gibt es in Zukunft eine Nobelpreis-Überraschung“**
INTERVIEW Helga Nowotny
- 12 **Eine Allianz der Universitäten im Dienste der Gesellschaft**
Martin H. Gerzabek
- 13 **TU Austria – Nährboden und Potenzial für Wertschöpfung**
Sabine Seidler
- 14 **Fokus Universitätsrat**
INTERVIEWS Danielle Spera, Veronica Kaup-Hasler
- 16 **„Ich möchte nicht Rektor der Wirtschaftsuniversität sein“**
INTERVIEW Reinhard Ekl
- 18 **Viribus unitis: Weltweit und regional praktiziert**
Wolfgang Nedobity
- 19 Forumsnotizen: BUDGET
- 20 **Katalysator statt Hemmschuh: Ein Buzzword braucht Strategie**
Nadine Shovakar
- 21 Forumsnotizen: INTERNATIONALES
- 22 **Wissenschaftlicher Paarlauf mit doppeltem Gewinn**
Karin Gutiérrez-Lobos
- 23 Forumsnotizen: FORSCHUNG
- 24 **Die hohe Schule der Lehre im öffentlichen Diskurs**
Andrea Bernhard
- 25 Forumsnotizen: LEHRE
- 26 **uniko-Pedia: Online-Enzyklopädie rund um universitäre Themen**
Angelika Scholz
- 27 Blickkontakte 2013
- 28 **Die Sehnsucht nach Zahlen und ihre scheinbare Sicherheit**
Gerald Bast
- 29 **Zehn Jahre nach dem Traditionsbruch: Kein Bedarf für Fusion**
Wolfgang Schütz
- 30 **Über die Seismografen kultureller Umbrüche**
Armin Thurnher
- 31 **Zuletzt die gute Nachricht: „Höhenflug der Universitäten“**
Manfred Kadi
- 32 ORGANE DER UNIVERSITÄTENKONFERENZ
- 35 GENERALSEKRETARIAT



DIE UNIVERSITÄTEN ZWISCHEN SEELENPEIN UND ZUVERSICHT

Eine Gesetzesvielfalt mit hochschulpolitischer Sprengkraft

2013 war für die Universitäten in Österreich reich an Herausforderungen. Es begann als erstes Drittel der neuen Leistungsvereinbarungsperiode. Was zuvor vereinbart worden war, hatten die Rektorate umzusetzen. Es folgten die Vorbereitungen zu zwei Gesetzen, die noch in der vergangenen Legislaturperiode den Nationalrat passierten – zum Gesetz über die kapazitätsorientierte Studienplatzfinanzierung, verbunden mit neuen Zugangsregelungen in überlaufenen Fächern, sowie zum Gesetz über die neue Lehrer/innen-Ausbildung im „Zusammenhang“ von Universitäten und Pädagogischen Hochschulen. Aufgrund ihrer vielfältigen Brisanz gestaltete sich die Gesetzeswerdung in beiden Fällen mühsam und konfliktreich.

Damit einher ging die niemals enden wollende Debatte über die Studienbeiträge bzw. über deren Rückerstattung im Falle vorangegangener Einhebung im Rahmen von universitärer Autonomie. Gleichzeitig liefen intensiv geführte Auseinandersetzungen rund um die neue Medizinische Fakultät an der Universität Linz sowie um die Erteilung eines Promotionsrechts für die Donau-Universität Krems – wiederum Themen mit beträchtlicher hochschulpolitischer Sprengkraft.

Die massivste Herausforderung hatte sich 2013 jedoch für seinen Schluss vorbehalten, als im Zuge der jüngsten Regierungsbildung das bisherige Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung mit dem früheren Bundes-

ministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend zu einem neuen, gemeinsamen Ministerium vereinigt wurde. Dies bedeutet weniger einen Wechsel in der Organisation und in den Abläufen, als vielmehr in der Seele und Kultur der Universitäten – erfahrungsgemäß keine geringe Sache.

Es bedurfte einer raschen und konzentrierten Bewältigung dieser neuen Situation, bleiben doch die Herausforderungen aus 2013 – trotz ihrer teilweisen gesetzlichen Erledigung – weiter bestehen, während ständig neue hinzukommen. Was letztere betrifft, so gilt es bereits die nächste Periode der Leistungsvereinbarungen ab 2016 sicherzustellen. Darüber hinaus sind die nächsten möglichen Schritte im Zusammenhang mit der Studienplatzfinanzierung zu setzen. Nicht zuletzt harren diverse Bauprojekte ihrer dringenden Realisierung – wiederum Entscheidungen von großer Tragweite. Beide Seiten, neues Ministerium und Universitätenkonferenz, waren im Hinblick darauf sehr bemüht, so rasch wie möglich zu einem konstruktiven Miteinander zu finden. Darin sind sie gut unterwegs.

So gibt es Grund zu Optimismus: Wenn die gegenwärtige Bundesregierung ihrem Regierungsprogramm Taten folgen lässt – Minister Mitterlehner ist entschlossen, sie herbeizuführen –, so würde ein realistischer Weg zur Erreichung des Zwei-Prozent-BIP-Zieles für die Universitäten bis 2020 beschritten werden.

MARKE uniko RELOADED: AUFTRITT IM NEUEN DESIGN

Mehr Austausch nach innen, Agenda-Setting nach außen



Im Jahr 2007 hat die Plenarversammlung der Rektorenkonferenz beschlossen, sich einen neuen Namen zu geben: Österreichische Universitätenkonferenz (uniko). Im damaligen Jahresbericht beschreibt mein Vorgänger an dieser Stelle die Schwierigkeiten, sich an diesen neuen Namen zu gewöhnen. In der Zwischenzeit ist es aber gelungen, die uniko als starke „Marke“ zu etablieren, und so war es ein logischer Schritt, diese endlich auch im Corporate Design und in einem erneuerten Logo sichtbar zu machen.

Am 1. Juli 2013 folgte der uniko-Webauftritt im neuen Design. Die aus dem Jahr 2004 stammende Website war über die Jahre gewachsen, viele Informationen waren darauf nicht mehr adäquat darstellbar. In einer intensiven Arbeitsphase haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Generalsekretariats die einzelnen Arbeitsbereiche gemeinsam überdacht und die Seite neu strukturiert. Eine einfache und klare Navigation macht die uniko-Arbeitsbereiche und uniko-Positionen in übersichtlicher Form zugänglich.

Neu ist auch *uniko-PEDIA*, in dem Daten und Informationen zum Hochschulbereich aus nationalen und internationalen Studien und Publikationen themenbezogen und mit besonderer Hervorhebung der österreichischen Situation abrufbar sind. *Myuniko*-Blog heißt der erneuerte interne Bereich, der eine neue Form des Austauschs unter den Mitgliedern stärken soll, mehr

Transparenz bietet und vor allem sämtliche Arbeitsdokumente übersichtlich archiviert.

Obwohl die Universitätenkonferenz 2013 durch die großen Themen – siehe Kommentar des Präsidenten auf der gegenüberliegenden Seite – intensiv gefordert war, hat die uniko auch die Initiative ergriffen und neue Themen in die hochschulpolitische Diskussion eingebracht, sei es in Form von Veranstaltungen (Fairness von Zulassungsverfahren) oder Publikationen (Leitlinien für die Universitäten im Umgang mit dem neuen Korruptionsstrafrecht) und internen Evaluierungen (Karrieremodelle). Eine wesentliche Rolle spielen dabei die Foren und Arbeitsgruppen der uniko, deren intensiver inhaltlicher Arbeit in diesem Bericht daher auch Raum gegeben wird.

Agenda-Setting hat die uniko auch mit der Formulierung ihrer bildungs- und wissenschaftspolitischen Positionen betrieben, die in Form von zehn Forderungen an die neue Bundesregierung herangetragen wurden. Diese legen den Fokus darauf, dass Universitäten vielfältige Beiträge für die gesellschaftliche Entwicklung liefern und eine essentielle Voraussetzung für eine zukunftsfähige demokratische Gesellschaft und deren Wohlstand sind. Universitäten leisten den Wissenstransfer zur Gesellschaft und brauchen zu diesem Zweck neue, kreative Formen der Vermittlung. Die uniko arbeitet daran – mehr dazu im Jahresbericht 2014.



NÄHERUNGSWERTE FÜR LÖSUNGEN BEI BUDGET UND MASSENFÄCHERN

Neue Wegmarken für die Universitätsfinanzierung

Mit 2013 hat das erste Jahr einer neuen Leistungsvereinbarungsperiode begonnen, für die es gelungen ist, zwei wesentliche Probleme der österreichischen Universitäten einer Lösung näherzubringen, nämlich deren verbesserungsfähige Finanzierung sowie den weithin unregelmäßigen Zugang zum Studium, der in einigen Fächern zu überaus unbefriedigenden Studien- und Lehrbedingungen geführt hat.

Beginnen wir mit dem Geld. Ab 2013 fließen für die Universitäten die Mittel aus der Hochschulmilliarde, die auch ohne Hinzurechnung der (in einer massiven Konsolidierungs- und Einsparungsphase erst zu sichern) Offensivmittel inzwischen mehr als eine „echte“ geworden ist, denn die jährlich bereitgestellten zusätzlichen 250 Millionen Euro sind über die Leistungsvereinbarungsperiode hinaus im Budgetpfad gesichert. Es ist Minister Mitterlehner zu wünschen, dass aus seiner im Februar 2014 angekündigten eine ebenso echte Hochschulmilliarde wird, und dass damit die erhebliche Steigerungsrate der Uni-Budgets (2013 bis 2015 durchschnittlich 14 Prozent) beibehalten werden kann.

Mehr als eine weitere Milliarde wurde auch für Universitätsbauten zur Verfügung gestellt, von denen ich 2013 einige miteröffnen durfte. Großartigstes Zeugnis dieser sich über das ganze Bundesgebiet erstreckenden Bautätigkeit ist zweifellos die neue Wirtschaftsuniversität mit einem Kostenvolumen von rund 500 Millionen Euro.

Das zweite große Problem der Universitäten, die sogenannten „Massenfächer“, konnte mit dem Start der Studienplatzfinanzierung angegangen werden. Dabei hat in manchen Fächern bereits die Ankündigung möglicher Aufnahmeverfahren bzw. die Notwendigkeit einer etwas reflektierteren Studienwahl zu erträglicheren Betreuungsrelationen geführt. Und um diese geht es, nicht darum, Studierwillige aus den Universitäten auszusperrern. Dazu muss man immer an zwei Schrauben drehen: Man muss den stark nachgefragten Fächern mehr Lehrpersonal geben (konkret haben wir dazu fast hundert neue Professorenstellen finanziert). Man muss aber auch Obergrenzen bei den Studierendenzahlen festschreiben, damit die erste Maßnahme nicht verpufft. Den hier eingeschlagenen Weg gilt es weiterzugehen.

Wichtige weitere Maßnahmen seien noch stichwortartig erwähnt. Die Hochschulkonferenz hat zentrale Themen bearbeitet und zum Beispiel zur sozialen Absicherung der Studierenden zahlreiche Optionen aufgezeigt. Den Stellenwert der Lehre konnten wir durch den Staatspreis „ars docendi“ verdeutlichen. Schließlich haben wir in der Lehrerbildung wesentliche Weichen in die richtige Richtung gestellt.

Mit dem Jahr 2013 endete meine Amtszeit und das eigenständige Wissenschaftsministerium. Ich bedanke mich bei allen konstruktiven Kräften für die Zusammenarbeit.



NEUE RESSORTSTRUKTUR ALS CHANCE FÜR WISSENSCHAFT

Von der Innovationskette zur Partnerschaft am Standort

Mit Inkrafttreten des neuen Ministeriengesetzes am 1. März 2014 hat das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft auch formal seinen Dienst aufgenommen. Die neue Ressortstruktur hat zu Beginn für viel Kritik und Sorgen bei den betroffenen Institutionen gesorgt. Seit meiner Angelobung stehe ich in intensivem und gutem Kontakt mit der Community und den Studierendenvertretern, um diese Bedenken auszuräumen.

Auch mit der Namensbezeichnung des neuen Ministeriums, die die Wissenschaft an den Anfang stellt, haben wir ein bewusstes Symbol für den Stellenwert von Wissenschaft und Forschung gesetzt, und sind bei der Umsetzung der neuen Ressortstruktur mit den bestehenden Kulturen sehr sorgsam umgegangen. Das neue Wissenschafts-, Forschungs- und Wirtschaftsministerium wird, neben dem Stubenring, weiterhin die Amtsräume am Minoritenplatz nutzen, auch bleiben die bisherigen Sektionen erhalten.

Durch die Reihenfolge Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft wird einerseits die Innovationskette von der Grundlagenforschung über die angewandte Forschung bis zur Marktanwendung abgebildet, andererseits orientieren wir uns damit an einem europäischen Trend. Auch das EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ folgt dieser Struktur. Im weltweiten Wettbewerb punkten wir vor allem mit Innovation, Kreativität und Qualifikation.

Mein Ziel ist es, die vielen Schnittmengen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft herauszuarbeiten und das vorhandene Potenzial zu entfalten. Ich glaube, die neue Ressortstruktur ist auch eine Chance, dass die Wissenschaft stärker als bisher von der Wirtschaft profitiert.

Der Wissenschaftsstandort Österreich braucht starke und kompetente Fürsprecher. Die uniko ist hier ein sehr wichtiger und geschätzter Partner für mich, da sie die Interessen von 21 Universitäten, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und rund 300.000 Studierenden vertritt. Neben der Rolle als teilweise auch kritischer Interessensvertretung ist die uniko in vielen Sachfragen ein wertvoller Partner für mein Ministerium. Auch bei der Ausweitung der Studienplatzfinanzierung wird die gute Zusammenarbeit mit den Rektorinnen und Rektoren ein wesentliches Element sein. Oberstes Ziel bei diesem Regierungsprojekt ist nicht, möglichst viele junge Menschen vom Studium abzuhalten, sondern eine bessere Steuerung und Planbarkeit vor allem in den Massenfächern zu erreichen. Zudem sollen die Betreuungsrelation und damit die Bedingungen für Lehrende und Studierende verbessert werden.

Ich freue mich auf eine gute und konstruktive Zusammenarbeit mit den Rektorinnen und Rektoren sowie dem Generalsekretariat der uniko, und ich bin sicher, dass wir den Wissenschaftsstandort Österreich in den kommenden Jahren gemeinsam weiterentwickeln werden.

AUFLÖSUNG, ABLÖSE UND HALBHERZIGE LÖSUNGEN

Das Ende der Legislaturperiode brachte für die Akteure ein Wechselbad an Gefühlen und eine historische Zäsur: die Auflösung des eigenständigen Wissenschaftsministeriums, die Ablöse eines vormaligen Rektors als Minister und halbherzige hochschulpolitische Novellen des Universitätsgesetzes.

Das dicke Ende für Karlheinz Töchterle kam zwölf Tage vor Weihnachten: In der Nacht auf Freitag, den 13. Dezember, wurde der parteilose Wissenschaftsminister in den Diensten der ÖVP eiskalt abserviert. Bei der Verteilung der Regierungsämter war – nach geschlagener Nationalratswahl mit der Schlappe für beide Regierungsparteien Ende September – für den Tiroler Mandatsträger plötzlich kein Platz mehr im ÖVP-Team.

Das bisher eigenständige Wissenschaftsministerium war zu Gunsten eines nunmehr eigenständigen Ressorts für Familie geopfert worden, die Agenden Wissenschaft und Forschung wurden flugs dem überrumpelten Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner zugeschanzt. Der Altphilologe und vormalige Rektor der Universität Innsbruck musste ungläubig zur Kenntnis nehmen, dass er seine Mission als politische Schachfigur im Spiel der Mächtigen erfüllt hatte.

Sein bisweilen kompromissloses Engagement für die Wissenschaft, speziell für die Universitäten (Stichwort: Hochschulmilliarde), seine partielle Kompromissbereitschaft gegenüber dem widerspenstigen Koalitionspartner SPÖ und seine mehrfach auf die Probe gestellte Loyalität gegenüber der ÖVP und den Wünschen ihrer Landesfürsten – all das hat Töchterle nach mehr als zweieinhalb Jahren Amtszeit am Wiener Minoritenplatz nicht geholfen, ebenso wenig wie seine Spitzenwerte in den Politikerrankings.

Mit seinem Einsatz für eine halbherzige Studienplatzfinanzierung, mit der Pflege seines Steckenpferds namens Hochschulkonferenz und mit dem an Sturheit grenzenden Beharren auf Einhebung von Studienbeiträgen stieß er mehrfach auf Widerstand, zuletzt auch unter den Mitgliedern der Universitätenkonferenz (uniko). Auch wenn sich der Minister stets als Verbündeter der Rektorinnen und Rektoren empfahl – die von Pragmatismus diktierte Tagespolitik führte zwangsläufig zu wechselseitigen Enttäuschungen.

So löste schon die im Feber beschlossene Novelle zur Studienplatzfinanzierung bei der uniko das Gegenteil von Begeisterung aus: Mit der wenig stimmigen Regelung habe die Regierung „die Chance zu einem großen Wurf verabsäumt“, konstatierte Präsident Schmidinger. Eine ganze Reihe von Universitäten sah sich mit der Aussicht konfrontiert, ab Herbst 2013 ein Vielfaches an Studienfängerinnen und -anfängern – gemessen an den tatsächlichen Kapazitäten – aufnehmen zu müssen. Die für Lehre zuständigen Vizerektorinnen und Vizerektoren hatten alle Hände voll zu tun, um sich für das Wintersemester 2013/14 abzustimmen und sich – je nach Studienfeldern – auf Fristen mit einheitlichem Start und Aufnahmeverfahren zu einigen.

Nicht viel besser fiel das Urteil über die neue Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern – das Prestigeprojekt der Koalition – aus, die noch vor Ende der Legislaturperiode

durchgedrückt wurde. Auch wenn die Lehrbefähigung nach acht Semestern Bachelorstudium künftig an den Abschluss eines zwei- bis dreisemestrigen Masterstudiums geknüpft ist, wurden die Zweifel an der rechtlichen Verbindlichkeit der Regelungen in der Praxis und damit die Sorge vor einem Qualitätsverlust letztlich nicht ausgeräumt (siehe auch Seite 25).

In einen hochschulpolitischen Eiertanz mündete zur Jahresmitte die Vorbereitung und spätere gesetzliche Vollstreckung eines anderen Prestigeprojektes, nämlich die Errichtung einer medizinischen Fakultät an der Universität Linz. Entgegen allen Zweifeln über die Sinnhaftigkeit der millionenschweren Investition gelang Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer vor dem Hintergrund der Nationalratswahl das Bravourstück, die komplette Bundesregierung in Geiselhaft zu nehmen und dem Bund Finanzierungszusagen – darunter aus den „Reserven des Finanzministeriums“ – nicht nur bis 2017, sondern bis weit ins nächste Jahrzehnt hinein abzupressen.

Der bedrängte Wissenschaftsminister verknüpfte sein Placet im Ministerrat mit der Zustimmung in der Hochschulkonferenz (die uniko stellt zwei von neun Mitgliedern), die dann ihre Bedingungen formulierte, wie etwa die Forderung nach zusätzlichen Mitteln für den gesamten Hochschulbereich. Die Einhaltung dieser schriftlich fixierten Bekundung obliegt mittlerweile Töchterles Nachfolger

Mitterlehner, der wenige Wochen nach seiner Angelobung im Jänner 2014 ein Bekenntnis zur weiteren Stärkung des tertiären Sektors auf Basis einer Gesamtstrategie, wie von der Hochschulkonferenz gefordert, ablegte.

Ungeachtet kleinerer Scharmützel mit der Ressortspitze am Minoritenplatz, z.B. um den Ersatz von entgangenen Studienbeiträgen für alle Universitäten nach einem Spruch des Verfassungsgerichtshofes, deutete im Spätsommer noch nichts auf eine Ablöse des Ministers hin. Die uniko hatte vor der Nationalratswahl ihren Forderungskatalog an die künftige Bundesregierung präsentiert, da tauchten im Zuge der Regierungsverhandlungen Gerüchte über eine „Filetierung“ des Wissenschaftsministeriums auf. Mitte Dezember wurden durch die Fusion der Wissenschaft mit der Wirtschaft vollendete Tatsachen geschaffen. uniko-Präsident Schmidinger appellierte vergeblich an den Bundespräsidenten, „keine Regierung anzugeloben, die den Bereich Wissenschaft und Forschung zu einer Nebenagende eines anderen Ministeriums macht“.

Am Tag der Angelobung der neuen Bundesregierung hissten die Universitäten schwarze Fahnen als Zeichen des Protests. Der eben im Amt bestätigte uniko-Präsident Schmidinger gab sich in einer Pressekonferenz zwei Tage später konziliant: Es gelte nun, das Beste aus der Situation zu machen und dem neuen Minister eine Chance zu geben. *mk*

uniko intern. Bei der 47. ordentlichen Plenarversammlung der Universitätenkonferenz (uniko) am 16. Dezember wurde der Rektor der Universität Salzburg, Heinrich Schmidinger, als Präsident der uniko für die zweijährige Funktionsperiode bis Ende 2015 wiedergewählt. Ebenso wurden die bisherigen Mitglieder des Präsidiums, Gerald Bast als Vizepräsident (Universität für angewandte Kunst Wien) sowie Christoph Badelt (WU Wien), Heinz Engl (Universität Wien), Christa Neuper (Universität Graz), Sabine Seidler (TU Wien) und Wolfgang Schütz (MedUni Wien) wiedergewählt. Das Präsidium der uniko bestellte zudem auf Vorschlag des Plenums Sonja Hammerschmid (Vetmed Wien), die ebenfalls für den uniko-Vorsitz kandidiert hatte, als kooptiertes Mitglied des Präsidiums.



ANFANG. Zum Start in die neue Ära der Wirtschaftsuniversität inspiert ORF-Moderatorin Claudia Reiterer bei der Eröffnungsfeier des WU-Neubaus am 4. Oktober mit Bundespräsident Heinz Fischer und Rektor Christoph Badelt die Ehrengäste.



ANHANG. Zum Festakt 40 Jahre Kunstuni Linz/20 Jahre IFK (Internat. Forschungszentrum Kulturwissenschaften Wien) hat sich am 5. 11. zur „Jubilarte“ in Linz ein bunt gewürfeltes Quartett eingefunden: IFK-Direktor Helmut Lethen, Rektor Reinhard Kannonier, „Austrofred“, Philosoph Konrad Paul Liessmann (v. links).



ANDACHT. Der Abt des Stiftes Heiligenkreuz, Maximilian Heim, und Abt Gregor Henckel-Donnersmarck (links) übergeben am 4. 11. symbolisch die 8000 Exponate umfassende Gesteinssammlung von Kaiser Maximilian von Mexiko an Boku-Rektor Martin Gerzabek und Franz Ottner (rechts).

ANTRITT. Rektorin Helga Fritsch übernimmt am 30. 10. bei ihrer Inauguration das Zepter der MedUni Innsbruck – das fünfte weibliche Mitglied im uniko-Plenum.



ANSTICH. Mit vereinten Kräften tranchieren am 25. September Vetmed-Rektorin Sonja Hammerschmid, Landeshauptmann Erwin Pröll (rechts) und Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle anlässlich der feierlichen Eröffnung der neuen Schweineanlage Medau am Kremesberg, 50 km südlich von Wien, ein Backwerk mit rosa Zuckerguss.



ANSPOHN. Oscar-Preisträger und Erfolgsregisseur Michael Haneke wird am 17. September von Rektorin Christa Neuper, Dekan Hans-Ferdinand Angel (links) und Promotor Vizedekan Christian Wessely (rechts) mit dem Ehrendoktorat der Theologie der Karl-Franzens-Universität Graz ausgezeichnet.

NUR KEINE TRÄGHEIT: DER MEHRWERT VON ERASMUS PLUS

EU-Bildungspolitik als Modell für das europäische Einigungswerk



Für die EU-Bildungspolitik war 2013 ein ebenso wichtiges wie erfolgreiches Jahr: Mit der Verabschiedung des Programms Erasmus plus, das stark die Handschrift des Europäischen Parlaments als Co-Gesetzgeber trägt, konnten die Weichen dafür gestellt werden, stabile Rahmenbedingungen bis zum Jahr 2020 zu garantieren. Wie der Name „Erasmus plus“ bereits andeutet, umfasst das Paket weitaus mehr als das bekannte Austauschprogramm für Studierende: Es vereint sämtliche Programme und Aktivitäten der EU in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport unter einem Dach.

Der Schwerpunkt liegt dabei weiterhin auf dem Bildungsbereich, wobei von den Primar- und Sekundarschulen (Comenius), über die Berufsausbildung (Leonardo da Vinci) bis zur Erwachsenenbildung (Grundtvig) weiterhin alle Bereiche abgedeckt werden. Bewährtes wurde übernommen, hinzu kommen neue Elemente und gezielte Verbesserungen: Erasmus-Stipendiaten können ihr Auslandsstudium nun flexibler gestalten und Master-Studierende ein Darlehen zur Finanzierung ihres Studiums beantragen. Für Professoren/innen, Dozenten/innen und andere Hochschulmitarbeiter/innen wurden die Möglichkeiten, selbst einen Auslandsaufenthalt zu absolvieren, weiter ausgeweitet.

Die signifikante Aufstockung der Mittel um etwa 40 Prozent zeigt, dass trotz knapper Kassen glücklicherweise erkannt wurde, welchen Wert und welches Potenzial

Investitionen in unsere gemeinsamen Bildungsprogramme für die gesamte Europäische Union haben. Die EU-Bildungspolitik ist ein Modell dafür, wie das europäische Einigungswerk auch in Zukunft gelingen kann, nämlich durch eine kluge Kombination von eigenverantwortlichem Handeln der Mitgliedstaaten und gemeinsamem Vorgehen überall dort, wo ein europäischer Mehrwert besteht.

Letzterer ist idealiter auch beim so genannten Bologna-Prozess gegeben, den die beteiligten Regierungen mit hohen Zielen, aber leider in Form eines intergouvernementalen Schnellschusses initiiert haben – mit teils verheerenden Auswirkungen auf die Situation an den Hochschulen.

Die Einbeziehung der europäischen Gemeinschaftsinstitutionen wäre hier der weitaus bessere Weg gewesen. Nicht nur das Beispiel Erasmus plus zeigt, dass die oft als träge und realitätsfern gescholtenen Brüsseler Institutionen mit ihren langwierigen Entscheidungs- und Gesetzgebungsprozessen besser sind als ihr Ruf: Gründliches, sorgfältiges Vorgehen und insbesondere die frühzeitige und ernsthafte Einbeziehung der Betroffenen in die politische Diskussion sind gerade auch im Bildungswesen unabdingbar. Eine Erkenntnis, die die nationalen Regierungen bei künftigen Reformideen für das europäische Hochschulwesen hoffentlich berücksichtigen.



„VIELLEICHT GIBT ES IN ZUKUNFT EINE NOBELPREIS-ÜBERRASCHUNG“

Helga Nowotny über tolle Leistungen, falsche Signale und Potenzial für Verbesserungen

Frau Professor Nowotny, Sie haben Ende 2013 anlässlich Ihres Abschieds als Präsidentin des Europäischen Forschungsrats (ERC) Ihrem Nachfolger Jean-Pierre Bourguignon die Botschaft mitgegeben, er müsse beweisen, dass in den letzten sieben Jahren die besten Forscherinnen und Forscher Europas für das ERC-Programm und seine Förderungen gefunden wurden. Bedeutet dies, dass es noch Zweifel an der Rolle des ERC gibt?

Helga Nowotny: Ich glaube, das ist ein Missverständnis. Was ich gemeint habe ist, dass es in die Funktionsperiode meines Nachfolgers fällt zu zeigen, welche Fragestellungen und welches wissenschaftliche Neuland der ERC inhaltlich gefördert hat. Bisher war die Zeit zu kurz, um die wissenschaftlichen Ergebnisse der geförderten Projekte aufzuarbeiten. Ich habe überhaupt keine Zweifel an der Rolle des ERC und dem ausschließlichen Kriterium wissenschaftlicher Exzellenz für die Förderung. Der ERC wird in den nächsten Jahren über die Scientific Community hinaus den Bürgerinnen und Bürgern in ganz Europa ins Bewusstsein rufen, dass hier eine Einrichtung geschaffen wurde, die weltweit tolle Leistungen für die Grundlagenforschung erbringt und die zeigt, wie wichtig diese Grundlagenforschung für die Zukunft Europas ist.

In Ihrer Bilanz haben Sie erklärt, Österreichs Universitäten lägen bei den ERC-Förderpreisen „gut im Mittelfeld“.

Wo sehen Sie Potenzial für Verbesserungen?

Nowotny: Es gibt einige herausragende Forschergruppen und Institutionen in Österreich, die zur Spitze gehören.

Dazu zähle ich die Physik in Wien und Innsbruck, den Life Sciences Cluster in Wien und das IST Austria. Potenzial für Verbesserungen gibt es an den Universitäten, die aufgefordert sind, strategisch zu überlegen, wo und wie sie vor allem begabte Nachwuchsforscherinnen und -forscher identifizieren und unterstützen können, damit sich diese erfolgreich beim ERC bewerben. Selbst wenn es beim ersten Mal nicht klappen sollte, brauchen sie dann erst recht Ermunterung und Unterstützung. Es müssen also ein stärkeres Bewusstsein für wissenschaftliche Exzellenz sowie die Bereitschaft, diese zu fördern, geschaffen werden.

STICHWORT EUROPÄISCHER FORSCHUNGSRAT

Der Europäische Forschungsrat (European Research Council) wurde 2007 von der EU-Kommission als Förderorganisation für Grundlagenforschung ins Leben gerufen. Vergeben werden „Starting-“ und „Consolidator Grants“ für Nachwuchswissenschaftler/innen und „Advanced Grants“ für etablierte Forscher/innen, mit Projektsummen von jeweils 2 bis 3,5 Millionen Euro für fünf Jahre. Zuletzt wurden pro Jahr 1,7 Milliarden Euro an Förderungen ausgeschüttet. Für Wissenschaftler/innen an österreichischen Universitäten und Forschungseinrichtungen wurden bisher rund 100 ERC-Förderpreise im Umfang von 138 Millionen Euro vergeben.

Im November sagten Sie, mit der Auflösung des eigenständigen Wissenschaftsministeriums würde die heimische Politik ein Signal setzen, dass „Grundlagenforschung völlig uninteressant“ sei. Sind Sie nach vollzogener Fusion des Wissenschafts- mit dem Wirtschaftsressort im Dezember nunmehr zuversichtlicher gestimmt?

Nowotny: Alle sind sich einig, dass die Symbolik der Auflösung des Wissenschaftsministeriums und die Art, wie dies über die politische Bühne ging, das falsche Signal war. Heute bin ich insofern zuversichtlicher, als der neue Bundesminister sehr wohl verstanden hat, welche Aufgaben ihm zugefallen sind. Mein Eindruck ist, dass er sich der Bedeutung der Grundlagenforschung voll bewusst ist und auch weiß, dass der Wissenschaftsfonds FWF als die zuständige Förderungsorganisation für Grundlagenforschung – die nun einmal hauptsächlich an den Universitäten stattfindet – unterfinanziert ist.

Der neue Bundesminister für Wissenschaft und Wirtschaft hat ein Beratungsgremium gegründet, das ERA (European Research Area) Council Forum Austria, dessen Vorsitz Sie übernehmen. Was dürfen sich die Universitäten davon konkret erwarten?

Nowotny: Das ERA Council Forum Austria wird sich auf die Schnittstelle zwischen der österreichischen und europäischen Forschungs- und Innovationspolitik konzentrieren. Das Gremium hat sich am 21. März 2014 zum ersten Mal getroffen und seinen Arbeitsplan erstellt. Die Universitäten sind ein unabdingbarer Partner in der Forschungs- und Innovationspolitik.

Mitterlehners Vorgänger, Karlheinz Töchterle, hat kurz vor seiner Ablöse verraten, er bewahre in einer Schublade ein Konzept für Exzellenz-Cluster auf. Dieses wird offenbar mangels Geld dort vergilben. Was würden Sie als Anhängerin des Exzellenz-Gedankens dem neuen Ressortchef empfehlen?

Nowotny: Ich kenne die Details zu wenig. Doch gute Ideen lassen sich nicht völlig ignorieren. Insofern kann

ich mir vorstellen, dass die Exzellenz-Cluster wieder auf den Tisch kommen, wenn der FWF über mehr Mittel verfügt – davon gehe ich aus. Die Frage ist allerdings, wann das geschehen wird.

1973 und 1974 wurden letztmals Nobelpreise an österreichische Wissenschaftler vergeben. Sind angesichts der Reformen der letzten Jahre die Chancen für heimische Forscherinnen und Forscher gestiegen, eine dieser Trophäen zu ergattern?

Nowotny: Nobelpreise lassen sich nicht planen und werden oft erst Jahrzehnte nach den bahnbrechenden Leistungen verliehen. Es wäre schon viel erreicht, wenn in Österreich ein stärkeres Interesse in der Öffentlichkeit für das vorhanden wäre, was hier tätige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an Spitzenleistungen erbringen. Doch vielleicht gibt es in Zukunft noch eine Nobelpreis-Überraschung.

Das Interview führte Manfred Kadi

ZUR PERSON

Helga Nowotny (Jahrgang 1937) ist emeritierte Professorin der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich und Gründungsmitglied des Europäischen Forschungsrats (ERC). 2007 wurde sie zur Vizepräsidentin des ERC gewählt, 2010 zu dessen Präsidentin. Sie absolvierte 1959 das Studium der Rechtswissenschaften (Dr. jur.) an der Universität Wien und studierte ab 1965 an der Columbia University New York Soziologie; 1969 Promotion (PhD) bei Paul Lazarsfeld. 1972/73 Lecturer am King's College der University of Cambridge (UK), 1980 Habilitation an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld für Soziologie, ab 1982 Dozentin an der Universität Wien, 1987 bis 1997 ebendort ordentliche Universitätsprofessorin für Soziologie am Institut für Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsforschung. 1997 bis 2002 ordentliche Professorin für Wissenschaftsforschung an der ETH Zürich und Leiterin des dortigen Collegium Helveticum.



EINE ALLIANZ DER UNIVERSITÄTEN IM DIENSTE DER GESELLSCHAFT

Betriebsökologie erhöht die Glaubwürdigkeit der Alma Mater

Wir leben in einer Zeit des Umbruchs. Das Bevölkerungswachstum, die globale Erwärmung und die Veränderungen in der wirtschaftlichen Entwicklung führen zu schwerwiegenden Problemen, die es zu lösen gilt. Die zunehmende Verknappung der natürlichen Ressourcen ist eines davon, die darauf folgenden politischen und gesellschaftlichen Spannungen ein anderes. Weitere Problemstellungen sind die weltweiten Ungleichheiten in Bezug auf Einkommen, Ressourcennutzung und individuellen Wohlstand sowie der steigende Bedarf an reinem Wasser, qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln und Energie.

Die UN-Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ geht 2014 zu Ende. Zahlreiche Initiativen wurden in diesem Rahmen gesetzt und auch die Universitäten stellen sich zunehmend den Herausforderungen. Es ist eine grundsätzliche Aufgabe von Universitäten, dabei mitzuhelfen, die Gesellschaft zukunftsfähig zu gestalten. Wesentliche Handlungsfelder in der Nachhaltigkeit sind dabei Lehre, Forschung und Dienstleistung (z.B. Politikberatung) einerseits und die Betriebsökologie andererseits. Letztere ist bedeutsam, um die Glaubwürdigkeit einer Universität auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit zu erhöhen.

301 Universitäten haben 2013 am Green Metric World University Ranking teilgenommen und ihre Leistungen etwa in nachhaltiger Lehre, Ökologisierung des Campus

oder Mobilität verglichen – darunter auch vier österreichische Universitäten; etliche mehr beteiligten sich am österreichischen Sustainability Award. Innerhalb der europäischen Initiative, der Copernicus Alliance, die sich für tertiäre Bildung in nachhaltiger Entwicklung engagiert, stellen Österreichs Universitäten mit sieben Mitgliedern die größte nationale Gruppe. Um die Implementierung des Nachhaltigkeitsgedankens bemühen sich besonders jene neun Unis, die sich zur Allianz nachhaltiger Universitäten in Österreich zusammengeschlossen haben.

Zahlreiche Initiativen wurden in den vergangenen zwei Jahren auf den Weg gebracht, so z.B. ein Pilotprojekt zur klimafreundlichen Durchführung von Forschung, die Planung nachhaltiger Mobilitätsinitiativen und nachhaltiger Beschaffung, gemeinsame Lehre zu Social Entrepreneurship und die Erstellung einer Nachhaltigkeitsstrategie an den Mitgliedsuniversitäten. Im Projekt „Sustainicum Collection“ erarbeiten drei Universitäten Bausteine, Lehrmethoden und Lehrmodule zum freien Download und Einsatz in Lehrveranstaltungen.

Der Begriff Nachhaltigkeit ist nicht neu, lässt er sich doch 301 Jahre zurückverfolgen (Hannß Carl von Carlowitz, „Sylvicultura oeconomica“), die Herausforderungen für die Gesellschaft und die Universitäten sind aber heute mindestens so groß wie damals. Letzgenannte sind daher weiterhin in die Pflicht genommen.



TU AUSTRIA – NÄHRBODEN UND POTENZIAL FÜR WERTSCHÖPFUNG

Bewusstsein für universitären Wissens- und Technologietransfer wächst

TU Austria, der Verbund der Technischen Universitäten in Österreich, vereint mehr als 43.000 Studierende und 8.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ursprünglich ins Leben gerufen, um spezifische Stärken und vorhandene Synergien weiter zu entfalten, hat sich seit der Gründung 2010 eine für den Innovationsstandort Österreich wesentliche Aufgabe herauskristallisiert: die Schaffung eines Bewusstseins für Wissens- und Technologietransfer aus den Universitäten als Teil einer umfassenden Forschungs- und Innovationsförderung.

Wissenstransfer aus Universitäten erfolgt u.a. über Absolventinnen und Absolventen, Forschungsk Kooperationen und universitäre Spin-offs. Uni-Angehörige finden an den Technischen Universitäten eine Umgebung vor, die durch das Wissensdreieck aus Forschung, Lehre und Innovation geprägt ist. Innovation fällt jedoch nicht vom Himmel, sondern benötigt einen Nährboden, auf dem der Bogen von der Grundlagenforschung bis zur potenziellen Anwendung gespannt werden kann. Wirtschaftskooperationen ermöglichen der Wissenschaft, Innovation als gemeinsame Aufgabe von Universität und Unternehmen wahrzunehmen.

Eine im Februar 2013 veröffentlichte Studie des Economica-Instituts bescheinigt TU Austria immenses Wertschöpfungspotenzial. Die TU Wien, die TU Graz und die Montanuniversität Leoben tragen demnach überdurchschnittlich zur Wertschöpfung der österreichischen

Wirtschaft bei: Absolventinnen und Absolventen technischer Studien sind gefragte Kräfte am Arbeitsmarkt, die Gründungsrate ist überproportional hoch und die Input-Output-Analyse zeigt deutlich, wie bedeutend die volkswirtschaftlichen Effekte des Universitätsverbundes sind. TU Austria bringt einen unverzichtbaren volkswirtschaftlichen Nutzen und unterscheidet sich bei den wesentlichen Kennzahlen deutlich von anderen Sektoren wie etwa dem Tourismus.

Die Rechnung ist einfach: Drei Universitäten bieten gemeinsam mehr Spezialisierungsmöglichkeiten als eine allein. Um den Studierenden ein vielseitigeres Ausbildungsspektrum zu bieten, zeigt TU Austria Flagge. Eine im Oktober 2013 gestartete Initiative erleichtert den Wechsel zwischen den verschiedenen Studien und Studienstandorten und soll für mehr Durchlässigkeit sorgen. Die Allianz hat einen Katalog mit Leitlinien entwickelt, der Studierenden nach erfolgreich absolviertem Bachelorstudium mehr Flexibilität in der Wahl ihres Masterstudiums erlaubt. Ziel ist es, Synergien zu nutzen, die Durchlässigkeit zwischen den Systemen zu erhöhen und dadurch Studierenden mehr Chancen zu bieten.

TU Austria hat sich einem Arbeitsprogramm verschrieben, das unverzichtbare Themen für eine positive Entwicklung der österreichischen Universitäten, insbesondere der technischen, umreißt.

Mitglied des Universitätsrats der Medizinischen Universität Innsbruck seit April 2013



„DIE REKTORSWAHL IST EIN BESONDERER AUGENBLICK“

Frau Dr. Spera, die publikumswirksamste Aufgabe für Mitglieder des Universitätsrats ist wohl die Wahl eines Rektors oder einer Rektorin. Übt diese Schlüsselrolle auf Sie einen besonderen Reiz aus?

DS: Ich sehe die Aufgabe der Universitätsräte nicht im Hinblick auf „Publikumswirksamkeit“, sondern ausschließlich als wirksames Aufsichtsgremium in einer verantwortungsvollen, aber auch beratenden Funktion. Selbstverständlich ist die Wahl eines neuen Rektors oder einer neuen Rektorin ein ganz besonderer Augenblick.

Sie wurden im April 2013 als siebentes Uniratsmitglied der Medizinischen Universität Innsbruck bestellt. War das für Sie eine Überraschung?

Über die einstimmige Entscheidung der Universitätsratsmitglieder habe ich mich vor allem sehr gefreut. Mit Innsbruck bin ich seit langem indirekt verbunden, da

VERONICA KAUP-HASLER

Mitglied des Universitätsrats der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien seit März 2008



„BERUFUNG UND ABBERUFUNG SIND UNSERE HEBEL“

Welche Faszination kann die zusätzliche Funktion als Uniratsmitglied auf eine Kulturmanagerin wie Sie haben?

VKH: Ich bin seit jeher sehr an der Bildung und Ausbildung junger Menschen interessiert – noch dazu im künstlerischen Bereich – das ist ja auch die Zukunft. Ich bin daran interessiert, dass die Standorte Wien und Österreich erstklassig agieren. Von daher gab es immer eine Affinität zu dem, was junge Leute lesen, lernen und wie sie für eine künftige Tätigkeit im Kunstbereich gerüstet werden. Was mich daran fasziniert ist, von der Universität aus Brücken zu schlagen – einerseits zum Ministerium, andererseits zur Öffentlichkeit – und dafür zu kämpfen, dass die Qualität trotz der Umwandlungen der Akademien in Universitäten erhalten bleibt und im Sinne der künstlerischen Standards sogar gesteigert wird.

Was konnten Sie bisher tatsächlich bewegen?

Dr. Danielle Spera ist Direktorin des Jüdischen Museums Wien

mein Vater seit vielen Jahren in Innsbruck unterrichtet, und das glücklicherweise bis heute. Es ist eine wunderbare Herausforderung für mich, in die großartige Arbeit der Meduni Innsbruck eingebunden sein zu können.

Sie waren mehr als zehn Jahre lang – bis 2002 – Lehrbeauftragte an der Uni Wien, also noch in Zeiten der Teilrechtsfähigkeit. Wie beurteilen Sie den Universitätsbetrieb heute, zehn Jahre nach der „Entlassung“ der Universitäten in die Autonomie?

Meiner Ansicht nach hat die Autonomie eine Dynamik ausgelöst, die für eine Anhebung der Qualität, mehr Effizienz und eine Leistungssteigerung im internationalen Wettbewerb gesorgt hat. Das halte ich für essenziell, schließlich sind die Universitäten der wichtigste Zukunftsbereich unseres Landes. Österreich ist durch die Vertreibung und Ermordung der jüdischen Wissenschaftlerinnen

und Wissenschaftler in eine Situation geraten, die einen großen Aufholbedarf offenbarte. Bis heute werden dann gern Nobelpreisträger als „Altösterreicher“ tituliert und für Österreich reklamiert. Das ist beschämend. Heute sollten wir mit aller Kraft daran arbeiten, wissenschaftliche Talente zu fördern und diese so früh wie möglich dabei zu unterstützen, diese spannende Laufbahn einzuschlagen.

Wie sehen Sie im Abstand von knapp drei Monaten die im Zuge der Regierungsbildung vollzogene Fusion von Wissenschafts- und Wirtschaftsministerium?

Ein eigenes Ministerium für die Wissenschaft ist natürlich immer erstrebenswert. Wir als Universitätsräte hoffen natürlich, dass die Zusammenlegung dieser beiden Bereiche für die Universitäten fruchtbar sein kann, gerade im Hinblick auf die Budgets dieser wichtigen wissenschaftlichen Institutionen.

Die Interviews führte Manfred Kadi

Mag. Veronica Kaup-Hasler ist Intendantin des „Steirischen Herbst“

Zu Beginn der Tätigkeit wurde schnell klar, dass der persönliche Gestaltungswille etwas kurz kommt, da es dem Unirat nicht möglich ist, in operative Geschäfte einzugreifen. Im Grunde geht es um kritische Überprüfung und vor allem Ermöglichung des universitären Alltags. Es hat einige Zeit gebraucht, um zu der von gegenseitiger Transparenz und Dialogfähigkeit geprägten Zusammenarbeit zu kommen, wie sie jetzt gegeben ist. Natürlich ist die Berufung und Abberufung von Rektorinnen und Rektoren auch eine ganz entscheidende Frage des Handlungsspielraums von Uniräten – das sind die größten Hebel, die wir haben.

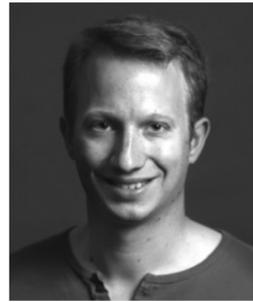
Wenn Sie Ihre eigene Studienzeit mit der heutigen, von Bologna geprägten vergleichen – löst das Nostalgie aus?

Die Verschulung der Universitäten ist ein Problem. Beim Gedanken an die Universitas und an die Studienzeit, die mehr sein sollte als Berufsausbildung, befällt mich schon

Nostalgie. Ich war aus ökonomischen Gründen gezwungen, in der Mindeststudienzeit fertig zu werden. Die Möglichkeit für Studierende, rechts und links zu schauen, was jenseits des eigenen Studienfelds noch an Wissen da ist, wird durch die Reglementierung zu wenig gefördert.

Im Koalitionspakt der Regierung steht, dass geistes-, sozial- und kulturwissenschaftliche Exzellenz-Schwerpunkte gefördert werden. Welche Erwartungen erweckt das an der Kunstuni Wien, an der Künstler von Weltrang ein- und ausgehen?

Ich halte es für eine dehnbare Phrase, die nach der Fusion von Wissenschaft und Wirtschaft zur Beruhigung dienen soll. Unsere Universität hat den Exzellenzgedanken in ihrer Grundaufgabe drinnen – das ist in künstlerischen Fächern das Ziel schlechthin. Für mich ist es eine große Enttäuschung, dass es kein eigenes Wissenschaftsministerium mehr gibt – ein Signal in die falsche Richtung.



„ICH MÖCHTE NICHT REKTOR DER WIRTSCHAFTSUNIVERSITÄT SEIN“

Reinhard Ekl über die Studienbedingungen in Wien und Stanford

Sind Sie in Stanford in einem universitären Schlaraffenland angekommen?

Reinhard Ekl: Schlaraffenland im Sinne von unbegrenzten Möglichkeiten, ja. Das Umfeld hier gibt mir alle Möglichkeiten, mit perfekter Infrastruktur und perfekter Betreuung. Aber Schlaraffenland klingt mir doch ein bisschen zu positiv. Man muss hier schon hart arbeiten, sonst kommt man nicht voran.

Gibt es etwas, das Sie am amerikanischen System stört?

Ekl: Niedrigere Studiengebühren würden helfen. Das ist der große Nachteil des Systems hier. Nicht nur aus eigener Sicht, sondern auch, damit Stanford offener für die Gesellschaft wird. Es gibt zwar Stipendien für gute Studierende, die es sich nicht leisten können, aber die Mehrzahl der Leute hier kommt aus einem sehr guten Umfeld. Die soziale Durchmischung ist nicht optimal.

Vermissen Sie bestimmte Aspekte der Wirtschaftsuniversität Wien?

Ekl: Da muss ich überlegen. Nein, ich könnte beim besten Willen nicht sagen, was auf der Wirtschaftsuni besser war als hier. Es gibt dort natürlich auch teilweise engagierte Professoren und es ist nicht alles schlecht. Aber obwohl ich ein wirklich guter Student war und mich engagiert habe, hatte ich an der WU nie Kontakt zu Professoren. Das waren immer Assistenten oder Leute, die zur Lehre gezwungen werden, weil sie ihren Doktor machen. Es war einfach schwierig weiterzukommen. Ich

sitze jetzt um Mitternacht in der Stanford-Bibliothek und wenn ich mich so umsehe: ich bin nicht der Einzige hier. Andererseits ist das Preis-Leistungs-Verhältnis der Wirtschaftsuniversität unschlagbar.

STICHWORT STANFORD UNIVERSITY

93 von 100 Bewerberinnen und Bewerbern erhalten von der Stanford University im kalifornischen Palo Alto nicht die Antwort, auf die sie gehofft haben. Anders gesagt: Nur sieben Prozent werden von der 1885 vom Eisenbahnmagnaten und Politiker Leland Stanford gegründeten Elite-Institution aufgenommen. Knapp 59.000 US-Dollar (umgerechnet rund 42.000 Euro) kostet den derzeit 15.877 Studierenden ihr Studium jedes Jahr. Dafür dürfen die Studierenden z.B. der Business School auf einem Campus studieren, der moderner und mondäner kaum vorstellbar ist.

Finanziert wurde er durch eine Fundraising-Initiative, die Stanford über sechs Milliarden Dollar eingebracht hat – auch auf diesem Feld setzt die US-Universität globale Maßstäbe. 22 Nobel-Preisträger finden sich im aktuellen Lehrkörper. Auf einen Professor entfallen in Stanford fünf Studierende. Einige gründeten nach ihrem Studium Unternehmen mit klingenden Namen wie Google, Yahoo!, Cisco, Sun Microsystems, Hewlett-Packard oder Instagram.

In der PRESSE wird Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl mit dem Satz zitiert, dass das Silicon Valley „eigentlich nichts“ von Österreich lernen kann. Wie haben Sie Leitls Besuch in Stanford erlebt?

Ekl: Es war zu sehen, dass in Österreich einerseits das Selbstbewusstsein fehlt und andererseits auch das Verständnis dafür, was Innovation heißt. Bei dem Treffen hat jemand gefragt, was Österreich den Amerikanern beibringen kann. Wenn dann die Antwort kommt „eigentlich nichts“, dann ist das schade. Dann ist es unsere Aufgabe, das richtig zu stellen, weil wir damit nicht einverstanden sind. Dr. Leitl war sehr offen und ehrlich. Er meinte, das Österreich wenige Möglichkeiten hätte. Aber dieses ständige Kleinreden ist eben typisch österreichisch und wir könnten dazu beitragen, ein positiveres Image zu transportieren.

Was fasziniert Sie an der amerikanischen Mentalität?

Ekl: In Österreich hört man oft nur, was alles nicht geht. Bevor ich ein Unternehmen gründe, muss ich sichergehen, dass alles funktioniert. Dr. Leitl meinte, es wäre so toll, dass neun von zehn Start-ups erfolgreich sind. Ein Amerikaner würde nie so denken. Der will nicht, dass 90 Prozent aller Start-ups erfolgreich sind. Der will, dass möglichst viele Ideen umgesetzt werden. Wenn viele davon scheitern, ist das auch egal. Dann probiert man eben die nächste. Diese Risikofreude können wir von den Amerikanern lernen.

Wie sieht Ihr typischer Stanford-Tag aus?

Ekl: Ich wohne hier am Campus, ich studiere hier – das ist eine viel intensivere Erfahrung als in Österreich. Da bin ich nur für Vorlesungen an die Universität gefahren, habe vielleicht zwischen zwei Vorlesungen einen Kaffee getrunken und bin dann wieder heimgefahren. Hier in Stanford bin ich den ganzen Tag am Campus. Natürlich verschwimmen die Grenzen zwischen Universität und privat, aber nicht in einer negativen Art und Weise.

Von diesen regelmäßigen und intensiven Arbeitszeiten sind viele Studierende in Österreich weit entfernt.

Ekl: Da liegt sicher auch der Hund begraben, warum so viele aus den Unis herausfallen und warum auf der WU bei jeder Prüfung 50 Prozent durchfallen. Das hat sicher damit zu tun, dass die Leute nicht hart arbeiten. Das ist nicht, weil es unfair wäre, sondern weil manche es ernster nehmen und manche weniger ernst. Reine Vorlesungszeit heute waren acht Stunden. Das ist deutlich besser als mein Arbeitsleben in den vergangenen Jahren.

Wenn Sie heute die Chance bekämen, als Berater an einer österreichischen Universität ihre Erfahrungen einzubringen, könnten Sie unter den aktuellen Bedingungen etwas verbessern?

Ekl: Das ist ganz schwierig. Ich glaube, die WU macht unter den Rahmenbedingungen, die sie hat, einen super Job. Eine Situation, in der es keine Zugangsbeschränkungen gibt und keine Studiengebühren und nicht genügend Mittel, um alle Leute glücklich zu machen – das ist extrem schwierig. Die WU macht ja das einzige, was sie machen kann: möglichst viel automatisiert und skalierbar, maschinell lesbare Prüfungsantwortbögen und so was. Ich möchte nicht Rektor der WU sein. Das ist ein schwieriger Job.

Das Interview führte David Baldinger

ZUR PERSON

Reinhard Ekl (Jahrgang 1986) ist Präsident des Stanford Austria Clubs. Seit 2013 studiert er an der Stanford University. Seinen Bachelor of Science – International Business Administration absolvierte Ekl an der Wirtschaftsuniversität Wien. Vor seinem Aufenthalt im Silicon Valley war Ekl als Unternehmensberater tätig und sammelte in Rio de Janeiro Erfahrung in einer Broker-Firma. Er ist Notfallsanitäter, Marathon-Finisher und hat die Alpen auf dem Mountainbike überquert.



VIRIBUS UNITIS: WELTWEIT UND REGIONAL PRAKTIZIERT

Allianzen und Konsortien als Instrumente der Universitätspolitik

Der im Jahr 2013 aus dem Amt geschiedene Bundesminister für Wissenschaft und Forschung hatte sich als Leitspruch für seine Zusammenarbeit mit den Universitäten „viribus unitis“ gewählt. Die Universitäten haben schon viel früher den Wert von Bündnissen, insbesondere für deren Kooperationen untereinander, erkannt. Dafür gibt es sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene unzählige Beispiele.

Allianzen sind Bündnisse zu einem bestimmten Zweck und mit meist temporärem Charakter. Mittels Allianzen kann die wechselseitige Unterstützung bei der Erreichung bestimmter Ziele besser organisiert werden. Es muss dabei der Allianzbegriff nicht unbedingt im Namen aufscheinen, wie bei der „Allianz der Wissenschaftsorganisationen“ in Deutschland oder bei der 2006 in London gegründeten „University Alliance“, die bereits 23 britische Universitäten umfasst.

Wesentlich mehr an Bedeutung und Ansehen genießt in Großbritannien allerdings die sogenannte „Russell Group“, ein Bündnis, das 1994 im gleichnamigen Londoner Hotel ins Leben gerufen wurde, um die Interessen forschungsstarker Universitäten gegenüber der Regierung zu vertreten. Neben den Forschungsinteressen stehen auch der gemeinsame Markenaufbau und das Benchmarking im Zentrum der Aktivitäten der nunmehr 24 Universitäten umfassenden Gruppe. Auf europäischer Ebene verbinden Forschungsexzellenz und Spitzen-

positionen in den Rankings die Mitglieder der „League of European Research Universities“ (LERU).

Bei dem am 10. Oktober 2013 in China unterzeichneten „Hefei Statement“ waren neben der LERU noch folgende Bündnisse beteiligt: die Association of American Universities (AAU), die Group of Eight (Go8) und C9 (China Grouping of Leading Universities). Als Gründungen der letzten Jahre sind noch Universitas 21 (U21) und das Worldwide Universities Network (WUN) erwähnenswert. In Österreich haben sich in diesem Sinne die „Allianz nachhaltiger Universitäten“ sowie die „TU Austria“ in der Hochschullandschaft fix etabliert (siehe auch Seiten 12 und 13).

Eine Sonderform der Allianzen stellen die Konsortien dar, die zur Durchführung von Geschäften gebildet werden. Derartige Konsortien wurden von den österreichischen Universitäten 2013 zum Zwecke des Wissenstransfers gebildet. Die Basis dafür bildet ein auf Anregung der uniko geschaffenes neues Förderungsprogramm für Wissenstransferzentren, mit dem die beiden nunmehr unter einem Dach vereinigten Ministerien die Zusammenarbeit von Universitäten untereinander sowie mit anderen Forschungseinrichtungen und Unternehmen weiter verbessern, die strategische Patentförderung stärken und die Überführung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die wirtschaftliche Praxis erleichtern und somit die Verwertung von universitären Erfindungen beschleunigen wollen.

ÜBER KOSTEN UND NUTZEN VON LEISTUNGEN UND VEREINBARUNGEN

Universitätsfinanzierung mit wechselnden Rechenaufgaben für Rektorate

Just im zehnten Jahr der Autonomie hat Vater Staat ein Thema neu entdeckt, das zu erhöhtem Aufkommen des Schriftverkehrs zwischen Wissenschaftsressort und den Universitäten führte: „Einheitliche Standards für die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)“ seien notwendig, so die Vorgabe des Bundes, um die gelieferten Werte besser zusammenfassen und vergleichen zu können.

Zu diesem Zweck hatte das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung das Institut für Verwaltungsmanagement damit beauftragt, den Status quo der Kosten- und Leistungsrechnung an den Universitäten zu erheben. Eine genaue Durchsicht der im Endbericht zitierten KLR-Richtlinien des Bundes durch das **Forum Budget** der uniko ergab, dass diese Richtlinien für die Zwecke der Universitäten mit mehr Kosten als Nutzen verbunden wären, zumal damit in deren Autonomie eingegriffen würde. Mit einer Stellungnahme des Forums an das Wissenschaftsministerium wird das Thema 2014 weiterhin auf der Agenda stehen.

Die nächste Leistungsvereinbarungsperiode 2016 bis 2018 und die unsichere Ausgangslage über die Einführung einer „echten“ Studienplatzfinanzierung beschäftigte das **Forum Budget** bereits 2013. Das führte kurz nach dem Jahreswechsel dazu, dass im Forum detaillierte Berechnungen über den gesamten zu erwartenden Mehrbedarf bei Umsetzung einer ersten Stufe der „Universitätsfinanzierung neu“ angestellt wurden – eine Summe, die sich ohne Studienplatzfinanzierung auf

mindestens 905 Millionen Euro (630 Millionen Euro für Teuerungsabgeltung, 275 Millionen Euro für Bauten und Sanierungen) bzw. mit der ersten Stufe der Studienplatzfinanzierung auf annähernd 1,4 Milliarden Euro beläuft. Angesichts der Misere des Bundeshaushalts, die erst rund um die Regierungsbildung im Dezember 2013 in vollem Umfang sichtbar geworden war, ließ das Finanzressort die Universitäten im ersten Quartal 2014 im Ungewissen.

Auch bei der Erstellung des Forderungskatalogs an die neue Bundesregierung im September ließ das **Forum Budget** seine Handschrift einfließen und pochte – neben der Sicherstellung der Mittel für die Studienplatzfinanzierung – auf die Absicherung der Bauleitpläne sowie der Investitionen in die Großforschungsinfrastruktur. Überlegungen des Forums bezüglich einer neuen Form der Kooperation der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) mit den Universitäten als Gebäudemietter wurden kurz nach dem Jahreswechsel über das Plenum an den neuen Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft herangetragen.

„Wir haben vorgeschlagen, dass die BIG künftig den Universitätsbereich gemeinnützig führen möge und zu Gunsten von Verbesserungen für die Universitätsbauten auf Gewinnerzielung verzichtet“, unterstreicht der Vorsitzende des **Forum Budget**, Vizerektor Franz Wurm. Damit sollte es auch 2014 keinen Mangel an Diskussionsstoff geben. *mk*



KATALYSATOR STATT HEMMSCHUH: EIN BUZZWORD BRAUCHT STRATEGIE

Zur Internationalisierung der Universitäten
und ihren vielfältigen Motiven

Liest man die Mitteilung der Europäische Kommission (EK) „European higher education in the world“, die Einladung zur Jahreskonferenz der European University Association (EUA) „European Universities – Global Engagement“ oder Teile der österreichischen FTI-Strategie, so könnte man glauben, die Universitäten wären zur Rettung der modernen Welt angetreten.

Doch was versteht man unter dem Buzzword „Internationalisierung“? Die Kommission verbindet damit „internationale Mobilität von Studierenden und Personal“, die „Internationalisierung und Verbesserung der Curricula und des digitalen Lernens“ und „strategische Zusammenarbeit, Partnerschaften und Kapazitätsaufbau“.

Österreichs Universitäten haben im Zuge einer Erhebung für die FTI-Strategie „Studierendenmobilität“, „internationalisation at home“ und „Kooperationen im Bereich der Forschung“ als Inhalte ihrer Internationalisierungsstrategien genannt. Über die Themen scheint demnach weitgehend Einigkeit zu herrschen.

Interessant ist die Frage nach den Gründen für Internationalisierung. Die EK sieht diese als Werkzeug zur Beförderung der Wettbewerbsfähigkeit des Europäischen Hochschulraums. Ziel ist es, dass „Europas Hochschulabsolventen/innen die notwendigen internationalen Fähigkeiten erwerben, damit sie überall auf der Welt arbeiten können und Europa für internationale Studierende die Destination ihrer Wahl bleibt“. Universitäten

hierzulande streben nach Exzellenz, Kompetenzentwicklung für ihre Mitarbeiter/innen und Zugang zu Wissen, wenn sie Internationalisierung betreiben.

Aufschluss für das Fehlen der Studierenden im österreichischen Zielsystem geben die Rahmenbedingungen, in denen sich die Hochschulen bewegen. Laut OECD liegt der Anteil der internationalen Studierenden an Österreichs Hochschulen mit 15 Prozent weit über dem OECD-Schnitt von ca. sieben Prozent, an heimischen Universitäten kommt heute sogar jeder vierte Studierende aus dem Ausland. Vergleichsweise moderate Studienbeiträge und wenig Auswahlmöglichkeiten seitens der Universitäten komplettieren das Bild.

Zwei Themen sind jedoch in Wien und Brüssel gleichermaßen präsent: Die Forderungen nach mehr finanziellen Mitteln für Internationalisierung und nach Visa-Erleichterungen für Studierende und Forschende. Und beide Bereiche können Hemmschuh und Katalysator für Internationalisierung sein, denn auch ein wohlüberlegtes Bouquet an Mobilitätsprogrammen und Forschungsk Kooperationen, das in eine abgestimmte Internationalisierungsstrategie eingebettet ist, nützt wenig, wenn Visa nicht erteilt und Studierenden keine Stipendienmöglichkeiten offeriert werden. Internationalisierung ist auf das Engagement vieler Akteure angewiesen, umgekehrt wirkt ihr Erfolg aber auch weit über die Universitäten hinaus.

GRENZEN UND KOMPETENZEN: REIBUNGSFLÄCHEN IM ROLLENSPIEL

Über die Nebengeräusche beim Aufsetzen
der internationalen Agenda

Wissenschaft ohne Grenzen – diesen anzustrebenden Idealzustand loteten 2013 die Mitglieder des **Forum Internationales** der uniko auf seine praktische Umsetzung an Österreichs Universitäten aus; teils in mühsamer Kleinarbeit, aber stets im Verein mit den Ansprechpartnerinnen und -partnern in den Bundesministerien, in der OeAD GmbH (Österreichischer Austauschdienst) oder im Netzwerk „Forum Fremdenrecht“. Bezüglich der Rollenverteilung wurden allerdings speziell mit dem Wissenschaftsministerium (BMWF) und dem OeAD Reibungsflächen sichtbar.

So erfasste die Suche des BMWF nach Betätigungsfeldern im zehnten Jahr nach der „Entlassung“ der Universitäten in die Autonomie die für Internationalisierung zuständigen Mitglieder der Rektorate. Die Absicht des BMWF, sich mit Hilfe einer zwölfköpfigen Steuerungsgruppe für internationale Angelegenheiten während der alljährlichen Begleitgespräche zu den Leistungsvereinbarungen einzubringen, bot im Mai 2013 Anlass für einen kritischen Gedankenaustausch in einer Sitzung des **Forum Internationales**.

Resümee von Vizerektor Heinz Faßmann, Vorsitzender des Forums: „Die Stärkung des Bereiches Internationales durch Berücksichtigung in den Begleitgesprächen war und ist gut gemeint. Als Folge der knappen Mittel gehen aber die damit verbundenen Themen unter. Notwendig wäre ein Programm zur Stärkung der internationalen

Kooperation, analog zu den auf nationale Kooperation ausgerichteten Hochschulraum-Strukturmitteln.“

Rund um den Jahreswechsel bot auch die Zusammenarbeit mit dem OeAD Anlass zu Diskussionen, vor allem im Hinblick auf den Abstimmungsbedarf mit den Universitäten. Nach einhelliger Ansicht des Forums sollte sich der OeAD sehr viel stärker als bisher auf seine unmittelbare Aufgabe, nämlich Förderung der Internationalisierung der Hochschulen, im Speziellen der Universitäten, konzentrieren. Das verlangt auch Zurückhaltung der Gesellschafter bei der Übertragung von neuen Aufgaben.

Bewährt hat sich 2013 die Fortsetzung des Forum Fremdenrecht, einer Plattform unter dem Dach der uniko zur Lösung von Problemen bei der Einreise und dem Aufenthalt von Studierenden und Forschenden an Österreichs Hochschulen. Dass einige Verbesserungsvorschläge für die Rot-Weiß-Rot-Karte den Weg ins Regierungsübereinkommen fanden, wurde positiv vermerkt.

Als Bereicherung für den internen Informationsfluss erwies sich das 2013 vom Forum ins Leben gerufene Internationalisierungspanorama. Die aktuelle Ausgabe widmet sich den „Outgoing-Aktivitäten“ sowie den Studentinnen und Studenten aus dem Ausland (Incomings) anhand einer Auswertung der Studierendensozialerhebung. Daraus geht u.a. hervor, dass Österreich eines der beliebtesten Studienländer für Incomings ist. *mk*



WISSENSCHAFTLICHER PAARLAUF MIT DOPPELTEM GEWINN

Dual Career Service: Wie sich Karriere und Familie verbinden lassen

Nicht selten scheitern Berufungsverhandlungen mit internationalen Spitzenkräften an einer fehlenden Jobperspektive für den Partner oder die Partnerin. Die Tatsache, dass immer mehr Professorinnen und Professoren einen Partner bzw. eine Partnerin mit hoher Qualifikation und ausgeprägter Karriereorientierung haben, war in den letzten Jahren ausschlaggebend für die Etablierung von Beratungsangeboten für „dual career couples“. Bei „Doppelkarrierepaaren“ sind beide Hälften hoch qualifiziert und berufsorientiert und verfolgen jeweils eine eigene Berufslaufbahn.

22 Für solche Paare sind daher die Rahmenbedingungen für die Organisation des Zusammenlebens und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Berufsperspektive des Partners oder der Partnerin in Berufungsverhandlungen von entscheidender Bedeutung. Das Dual Career Service ist eine wesentliche Säule des akademischen Personalmanagements und für die Berufung exzellenter Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen unverzichtbar.

Um diesen Personenkreis bei der Entscheidung, ihren Arbeits- und Lebensmittelpunkt nach Österreich zu verlegen, zu unterstützen, wurde von der uniko das Dual Career Service Wien – Niederösterreich – Oberösterreich ins Leben gerufen. Dieses wartet mit einer breiten Palette an Informationen von Formalitäten bei der Einreise und dem Meldewesen über den Immobilien-

markt bis hin zu bilingualen Schulen und Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und sozialen Integration auf.

An den Universitäten steht – wie auch schon bisher – Personal für die Betreuung vor Ort zur Verfügung. Neu sind die Vernetzung und der Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Universitäten und die enge Anbindung an bestehende Services wie Kindergartenplätze, Deutschkurse oder Vernetzungstreffen. Die Unterstützung bei der Suche nach einem adäquaten Job für den Partner oder die Partnerin ist ebenfalls im Angebotsportfolio enthalten. Darüber hinaus bestehen Kooperationen mit dem Dual Career Service Support des Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds (WWTF) sowie Organisationen wie dem Arbeitsmarktservice und den Landeslehrern.

Das Dual Career Service Wien – NÖ – OÖ trägt dazu bei, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie deren Familien sich in ihrem neuen Umfeld gut angenommen fühlen. Für die Universitäten liegt einer der Vorteile in der Sicherung der Exzellenz der Wissenschaftsstandorte und im positiven Image der Universitäten als attraktive Arbeitgeberinnen. Daraus entsteht eine Win-win-Situation für alle Beteiligten: die Karrieren werden forciert, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird erleichtert. Die Vorbildwirkung dieses Modells für künftige Generationen ist deutlich erkennbar.

OFFENE ZUGÄNGE UND AUFGESCHLOSSENE PARTNER

Premieren aller Art: uniko-Kontaktoffensive mit Forschungsinstitutionen

Die Premiere kurz nach Neujahr im **Forum Forschung** der uniko mit den Spitzenvertretern des Forschungsrats (RFT) als prominenten Gästen konnte nicht ohne Folgen bleiben: In einer gemeinsamen Presseausendung urgieren RFT-Vorsitzender Hannes Androsch und die Vorsitzende des uniko-Forums, Vizerektorin Gabriele Kotsis, im Anschluss an die Sitzung die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Verbesserung der Forschungsinfrastruktur.

Der vormalige Vizekanzler Androsch warf sich einmal mehr in die mediale Schlacht um das Hochschulbudget und hielt den zuständigen Ressorts vor, dass „die Unterdotierung der Universitäten in der jüngsten Vergangenheit noch schlimmer geworden ist“. Dem konnte Kotsis nur beipflichten: Die fehlende Forschungsinfrastruktur bedeute einen „eklatanten Wettbewerbsnachteil der heimischen Universitäten im internationalen Wettbewerb“, da diese bei Ausschreibungen für Forschungsförderung die Bedingungen nicht erfüllten.

Eine zweite Premiere fand im Mai in Klosterneuburg statt, wo das **Forum Forschung** auf Einladung des IST Austria in dessen Räumlichkeiten eine Sitzung abhielt und von Präsident Thomas Henzinger willkommen geheißen wurde; eine Geste, die auch belegt, dass allfällige gegenseitige Berührungängste der Vergangenheit angehören und Universitäten und IST Austria aufeinander zugehen.

Der „offene Zugang“ beschäftigte die Mitglieder des Forums auch im buchstäblichen Sinne: „Open Access“ zu wissenschaftlichen Publikationen und Forschungsdaten wird mittlerweile von einer wachsenden Zahl an Wissenschaftlern/innen betrieben, von vielen Forschungsstätten und Fördergebern sogar eingefordert. Dieser Entwicklung haben Experten/innen aus Österreich, darunter delegierte Mitglieder des **Forum Forschung** zum Anlass genommen, unter der Schirmherrschaft der uniko und des Wissenschaftsfonds das Open Access Netzwerk Austria (OANA) zu konstituieren. Eine der wichtigsten Aufgaben: die Positionierung gegenüber den Informationsanbietern, vor allem den Verlagen (nähere Informationen unter der Website: www.oana.at).

23 Auch im Vorfeld der Ausschreibung von Wissenstransferzentren durch die beiden zuständigen Ministerien zu Jahresende war das **Forum Forschung** aktiv beteiligt: Mit dem neuen Modell soll die Zusammenarbeit von Universitäten untereinander, mit anderen Forschungseinrichtungen und Unternehmen weiter verbessert, die strategische Patentförderung gestärkt und die Verwertung von Uni-Erfindungen beschleunigt werden. Den zentralen Eckpunkten des österreichischen Hochschulplans folgend, soll es künftig drei regionale Wissenstransferzentren (Ost, Süd und West) geben, die von den Universitäten auf Basis von Konsortialverträgen gegründet werden. **mk**



DIE HOHE SCHULE DER LEHRE IM ÖFFENTLICHEN DISKURS

Qualität entwickeln, überprüfen und auszeichnen

Es liegt in der Verantwortung des Hochschulsektors, neues Wissen und neue Expertise zu produzieren und einen Raum für einen freien öffentlichen Diskurs zu schaffen. Auch Österreichs Universitäten sind herausgefordert, schnell auf Bildungsnachfragen einer sich wandelnden Gesellschaft zu reagieren und sich international stärker zu positionieren. In diesem Sinne gilt es, den Veränderungen gegenüber offen zu sein und bei der Schaffung neuer Zugänge dem Schlagwort „Qualität“ eine wichtige Stellung einzuräumen.

In den letzten zwei Jahren wurde ich im Rahmen meiner Betreuung des Forum Lehre bzw. der Task-Force Lehramt der Universitätenkonferenz (uniko) immer wieder mit der Qualität von Lehre in unterschiedlichsten Kontexten konfrontiert. Eine Auswahl sei hier kurz skizziert:

Qualität entwickeln. Die Vizerektorinnen und Vizerektoren für Lehre haben sich sehr stark in die Arbeitsgruppen der Hochschulkonferenz eingebracht und in der *AG Durchlässigkeit im tertiären Sektor* sowie der *AG Stärkung der Qualität in der hochschulischen Lehre* gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH), der Fachhochschulen, der Senate sowie des Wissenschaftsrates Empfehlungen zur Verbesserung im Bereich der Lehre erarbeitet.

Qualität überprüfen. Eines der Hauptthemen in den letzten zwei Jahren war die Pädagoginnen- und Pädä-

gogienbildung NEU, das sowohl in der uniko als auch mit anderen Stakeholdern wie den zwei zuständigen Ministerien, den Pädagogischen Hochschulen, dem Entwicklungsrat und der ÖH diskutiert wurde. Die uniko hat in mehreren Stellungnahmen auf die Schwachstellen im neuen Ausbildungsgesetz sowie im Dienstrecht hingewiesen. Als einer der strittigsten Punkte wird die Verpflichtung einer positiven Stellungnahme des Qualitätssicherungsrates als Grundlage der Leistungsvereinbarung gesehen, der einen Eingriff in die Uni-Autonomie darstellt.

Qualität auszeichnen. Die Universitäten haben durch die Einführung von Lehrpreisen den Stellenwert von exzellenter, innovativer Lehre gehoben und verstärkt nach innen und außen kommuniziert. Mit dem „Ars docendi – Staatspreis für exzellente Lehre“ wurde 2013 in der Aula der Wissenschaften erstmals auch auf nationaler Ebene ein Preis an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für Lehre vergeben, wofür die Vizerektorinnen und Vizerektoren für Lehre maßgebliche Vorarbeiten geleistet haben.

Diese Vielfalt an Themen – die stets rund um die Frage der Qualität kreisen – haben mir zwei sehr spannende und interessante Jahre bei der uniko bereitet. Ich wünsche den Gremien der uniko und dem Generalsekretariat weiterhin gutes Gelingen dabei, die herausragende Qualität von Österreichs Universitäten der Öffentlichkeit zu präsentieren und ständig weiterzuentwickeln.

AN MEHREREN FRONTEN UND MIT MEDIALER BEGLEITUNG

Dauerbrenner Ausbildung und Dienstrecht für Lehrerinnen und Lehrer abgehakt

Unter dem Aspekt der medialen Aufmerksamkeit war 2013 für das **Forum Lehre** der uniko wohl ein Rekordjahr: Ob Aufnahmeverfahren, die neue Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer oder deren Dienstrecht – die Spitzen des uniko-Forums waren medial präsent wie kaum zuvor. Vizerektor Martin Polaschek als Vorsitzender des Forums und der Task-Force Lehramt absolvierte im ersten Halbjahr eine beeindruckende Dichte an Presseterminen, sei es im Verein mit dem Bundesminister, mit dem ÖH-Vorsitzteam oder gemeinsam mit anderen Vizerektorinnen und Vizerektoren. Immerhin gelang es mit vereinten Kräften, den hochschulpolitischen Zündstoff in den gesetzlichen Neuregelungen zu entschärfen.

Anfang März hatten vier Mitglieder des **Forum Lehre** gegenüber den Medien Klartext gesprochen und den „Testlauf“ für die Studienplatzfinanzierung aus Sicht der betroffenen Universitäten zerplückt. Speziell die Tatsache, dass in manchen Studienrichtungen die gesetzlich festgelegte Mindestzahl der anzubietenden Studienplätze die vorhandenen Kapazitäten mehrerer Universitäten vielfach übersteigen würde, wollten die uniko-Mitglieder nicht widerspruchslos hinnehmen und artikulierten ihre Entrüstung. Dessen ungeachtet bemühten sich die für Lehre zuständigen Rektoratsmitglieder um eine bestmögliche Abstimmung bei den Auswahl- und Aufnahmeverfahren für das Wintersemester 2013/14 und präsentierten gemeinsam mit dem

Wissenschaftsministerium eine Informationsoffensive über die zweistufigen Aufnahmeverfahren.

Anfang Mai veranlasste der drohende Qualitätsverlust bei der neuen Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer ÖH und uniko zu einer gemeinsamen Pressekonferenz. Die vom großkoalitionären Kompromisszwang diktierten Gesetzesvorlagen kulminierten im Herbst in der Diskussion um ein neues Lehrerinnen- und Lehrerdienstrecht, bei dem ursprünglich die Gefahr bestand, dass künftig der Berufseinstieg vom erforderlichen Masterabschluss losgelöst wird – Absolventinnen und Absolventen eines Bachelors, nach vierjähriger Ausbildung ohne Lehrbefähigung, könnten damit zum Regelfall werden. „Die Warnungen der uniko haben zwar bewirkt, dass ein Masterabschluss für die Lehrbefähigung vorgeschrieben wird, jedoch besteht weiterhin die Gefahr, dass bei einem Mangel an Lehrerinnen und Lehrern diese Regelung unterlaufen wird“, hält Vizerektor Polaschek fest.

Auf der Höhe der Zeit bewegte sich das **Forum Lehre** auch mit der Vorbereitung eines Positionspapiers zum Thema Massive Open Online Courses (MOOC), das 2014 beschlossen wird. Dabei handelt es sich um Online-Lehrveranstaltungen, die allen Lernwilligen weltweit ohne finanzielle und formelle Hindernisse offenstehen sollen. Last but not least wurde im Juli 2013 der unter uniko-Beteiligung entwickelte Preis „Ars docendi“ erstmals an hervorragende Lehrende vergeben. **mk**



EINE ONLINE-ENZYKLOPÄDIE RUND UM UNIVERSITÄRE THEMEN

uniko-Pedia liefert Wissenswertes von Akademikerquote bis Young Science

uniko-Pedia, ein im Sommer 2013 gestartetes Projekt der Universitätenkonferenz (uniko) zum Aufbau einer online-Enzyklopädie, sammelt Informationen, Fakten und Studien zu universitären Themen und stellt den europäischen und internationalen Kontext dar. Hervorgehoben wird dabei stets die spezielle österreichische Situation mit weiterführenden Informationen, das Spektrum reicht von Akademikerquote bis Young Science.

Unter www.uniko.ac.at/wissenswertes/uniko_pedia/ sind auf der uniko-Homepage nicht nur Kurzbeschreibungen zu finden, sondern zum Beispiel auch der Inhalt der Europäischen Charta für Forscherinnen und Forscher oder die Europäische Qualitätscharta für Mobilität, einem Referenzsystem aller integrierten Programme für lebenslanges Lernen. Auch die Bemühungen der EU zur Einführung einer umfassenden Migrationspolitik mit klaren Regeln für die legale Einwanderung, die Entwicklung der sogenannte „Forscherrichtlinie“ und die Informationen zur „Rot-Weiß-Rot“-Karte sind auf uniko-Pedia abrufbar.

uniko-Pedia hält Leserinnen und Leser auch bezüglich der neuen Möglichkeiten der transnationalen Hochschulbildung auf dem Laufenden, dokumentiert die österreichischen Bemühungen sowie die uniko-Initiative zum Thema „Open Access“ und präsentiert die Handlungsempfehlungen der 2013 in Österreich durchgeführten Staatenprüfung zur Behindertenrechtskonvention

der Vereinten Nationen. uniko-Pedia zeigt die Universitäten in ihrer Rolle als Arbeitgeberinnen sowie ihre Funktion in der Wertschöpfungskette. Mit einem Klick auf die Studie zur „Studentischen Mobilität und ihre finanziellen Effekte auf das Gastland“ können die vielen positiven Effekte von Universitäten, die in der Finanzierungsdiskussion oft unerwähnt bleiben, abgerufen werden.

Die uniko vermittelt mit Hilfe von uniko-Pedia einen breiten, internationalen Überblick über die aktuellen bildungspolitischen Themen, verlinkt mit den einschlägigen Quellen und Fundstellen und bietet ein Service für die weitere Recherche. Für Anfragen steht die Redakteurin von uniko-Pedia gerne zur Verfügung.

AKADEMIKERQUOTE
BARRIEREFREI CROWDFUNDING
DROP OUT EU FINANZIERUNG
GENDER-MAINSTREAMING FORSCHUNG
HORIZON 2020 INTERNATIONALE STUDIEN
LEBENSLANGES LERNEN MOBILITÄT
OPEN ACCESS QUALITÄTSSICHERUNG
RANKINGS STAATENBERICHTE
STUDIEN WERTSCHÖPFUNG
YOUNG SCIENCE



1 IM SALZKAMMERGUT. Neuauflage der Strategieklausur in Sankt Gilgen am Wolfgangsee am 28./29. Oktober mit den Mitgliedern der uniko.

2 IM WÜSTENSAND. Minister Karlheinz Töchterle und uniko-Präsident Heinrich Schmidinger kurz nach der Eröffnung des ALMA-Observatoriums, des weltgrößten Radioteleskops, in den chilenischen Anden rund 5.000 Meter über dem Meeresspiegel am 14. März.



3 IM NATURHISTORISCHEN MUSEUM. Pressekonferenz am 8. November mit fünf Appellen an die künftige Bundesregierung als Vorschläge zum „Zukunftspakt für Wissenschaft und Forschung“: Thomas Henzinger (Präsident des IST Austria), Anton Zeilinger (Präsident der Akademie der Wissenschaften), Pascale Ehrenfreund (Präsidentin des Wissenschaftsfonds FWF), Heinrich Schmidinger (Präsident der uniko), Walter Berka (stellvertretender Vorsitzender des Wissenschaftsrats) – von links nach rechts.



4 IM WIENER RINGTURM. Neujahrsempfang des Forschungsrats (RFT) am 14. Jänner mit dem RFT-Vorsitzenden Hannes Androsch, der Vorsitzenden des uniko-Forums Forschung Gabriele Kotsis und dem stv. RFT-Vorsitzenden, Altrektor Peter Skalicky.



5 IM WIENER KAFFEEHAUS. „Nach dem Sündenfall: Zur Zukunft der Universitäten im Wirtschaftsministerium“: Medienandrang bei der uniko-Presskonferenz am 18. Dezember mit Präsident Heinrich Schmidinger und Generalsekretärin Elisabeth Fiorioli.



DIE SEHNSUCHT NACH ZAHLEN UND IHRE SCHEINBARE SICHERHEIT

Zur Vermessung der Universitäten und
der Relativität ihrer Systemrelevanz

Die Quantifizierung intellektueller und künstlerischer Leistungen und damit die Vernachlässigung jener Bereiche, die sich aus ihrem Selbstverständnis heraus und/oder aufgrund fachspezifischer Wissensproduktionsprozesse einer Quantifizierung nur bedingt unterwerfen können oder ganz entziehen, ist weltweit im Vormarsch. Die dominanten globalen Ranking-Systeme für Universitäten stehen nicht nur im Verdacht, in (bildungs-)politischer Hinsicht hegemoniale Interessen zu fördern, sondern ihr Einfluss auf bildungspolitische Entscheidungen auf Regierungs- und Universitätsebene veränderte weltweit auch das Verständnis vom Wesen und der Aufgabe universitärer Bildung.

Die Logik von Produktionsprozessen, die eine Messbarkeit von Arbeitsprozessen und -ergebnissen voraussetzt, hielt zunehmend Einzug in Theorie und Praxis der Bildungspolitik. Milieugeschädigt vom Verdrängen von Werten durch den Shareholder Value in unseren Gesellschaften glauben Bildungspolitiker/innen und deren Erfüllungsgehilfen/innen, das Wesen von Universitäten vermessen zu müssen. Sollten uns nicht die modernen Wissenschaften und noch mehr die Künste gezeigt haben, dass es mehr gibt als die Relationen zwischen Ursache und Wirkung? Wohl gemerkt: Es geht nicht um die Verweigerung von Verantwortung für das, was an Universitäten mit Steuergeldern für die Gesellschaft bewirkt werden soll. Aber Universitäten sollten sich im Diskurs entwickeln, nicht entlang von Indikatorensets.

Die Kunstuniversitäten sind von diesem bildungspolitischen Trend zur Quantifizierung von Leistung und zur Ausrichtung ihrer Lehr- und Lernprozesse an so genannten Effizienzkriterien und Performance-Indikatoren noch weitestgehend verschont geblieben – zumindest in Europa. Anders als die wissenschaftlichen Universitäten brauchen sich die österreichischen Kunstuniversitäten nicht mehrmals im Jahr der sinnlosen öffentlichen Diskussion über Ranking-Plätze zu stellen.

Dennoch gibt es auch gegenüber den Kunstuniversitäten stets Versuche, die Qualität ihrer Leistungen einem quantitativen Messverfahren zu unterziehen, etwa im Zusammenhang mit der „kapazitätsorientierten Studienplatzfinanzierung“. Vorläufig scheint dieser Anlauf gestoppt, aber es ist bemerkenswert, wie groß die Sehnsucht nach der scheinbaren Sicherheit von Zahlen ist.

In einem anderen Bereich des Staates sieht man Zahlen und deren definitive Aussagekraft relativ: Die Staatszuschüsse für die Hypo Alpe Adria sind seit 2008 von 1,3 Milliarden Euro auf mittlerweile 7,7 Milliarden Euro gestiegen. Diese Summe an Steuergeld für eine einzige Bank in Österreich entspricht dem Budget aller österreichischen Kunstunis über einen Zeitraum von 29 Jahren. Da fragt man sich schon, wie relativ das Wort „systemrelevant“ im „Kulturstaat“ Österreich verwendet wird.

DER TRADITIONSBRUCH, ZEHN JAHRE DANACH: KEIN BEDARF FÜR FUSION

Selbstständige Medizinische Universitäten
als Erfolgsgeschichte



Obwohl eine logische Folge des Universitätsgesetz-Vorgängermodells UOG 93, war die Verselbstständigung vormaliger Medizinischer Fakultäten als eigenständige Universitäten gemäß Universitätsgesetz 2002 (UG) vor zehn Jahren heftig umstritten – vor allem, weil dabei mit Traditionen gebrochen wurde.

Das zehn Jahre jublierende UG ist demnach auch mit zehn Jahren Medizinische Universitäten verbunden, die zahlenmäßig unter den 21 Universitäten einige Besonderheiten aufweisen: Auf sie fallen – unter Berücksichtigung des klinischen Mehraufwands für ihre Spitäler – fast 30 Prozent des gesamten Universitätsbudgets, ein Viertel des Personals aller Universitäten, aber nur sieben Prozent aller Studierenden. Der Grund liegt darin, dass den Medizinischen Universitäten neben Forschung und Lehre noch eine dritte Aufgabe zukommt – die Mitwirkung an der Patientenversorgung in den Universitäts-spitälern (AKH Wien, LKH Graz, LKH Innsbruck).

Das optimale Kooperationsmodell mit dem jeweiligen Krankenanstaltenträger zu suchen und es täglich zu leben, zählt daher auch zu den Hauptaufgaben der Rektorate Medizinischer Universitäten und war – neben der erforderlichen Budgethoheit – auch ein wesentlicher Grund für deren Verselbstständigung. Dass die Medizinischen Universitäten ihre Autonomie ähnlich souverän bewältigen konnten wie die anderen öffentlichen Universitäten, steht außer Zweifel.

Und nicht nur das: Es ist mittlerweile eine beispielgebende Erfolgsgeschichte. Der Forschungsoutput der Medizinischen Universitäten hat sich vervielfacht. Während sich ihre Drittmittel in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt haben, stieg das Globalbudget wesentlich langsamer. Es wurde das neue Grundstudium in Humanmedizin und Zahnmedizin mit wirksamen und den neuesten Anforderungen entsprechenden Aufnahmeverfahren eingeführt. Die drei Universitätsspitäler sind Zentren der absoluten Spitzenmedizin, das beweisen Publikationen in internationalen Top-Magazinen wie u. a. „Nature“ und „Science“.

An den drei Medizinischen Universitäten in Österreich besteht daher weder bei deren Leitung noch deren Kliniken und Instituten die geringste Neigung, wieder in den Verband ihrer ehemaligen Universitäten zurückzukehren. Die umständliche Formulierung einer 2012 vorgenommenen UG-Novellierung, die auch bzw. wieder die Bildung von Medizinischen Fakultäten ermöglichen soll, ist schon deshalb von beschränkter Notwendigkeit, weil jede Universität in ihrer Autonomie ohnehin die Möglichkeit hat, neue Fakultäten zu errichten.



ÜBER DIE SEISMOGRAFEN KULTURELLER UMRÜCHE

Universitäten als Stätten reflektierten
Selbstverständnisses der Gesellschaft

30 Ich bin Hochschullehrer. Nur ein kleiner und nur im Nebenberuf. Ich könnte aber nicht sagen, dass mir in meiner Karriere als Hochschullehrer je das Problem Bildung gestellt worden wäre, es sei denn von mir selbst. Ohne Nostalgie denke ich an meine Tage als Student. Als wacher Zeitgenosse von 1968 pp kann ich bezeugen: Ein treibendes Motiv jener Revolte war das Gefühl, in der Schule und an der Universität nicht ausreichend gebildet zu werden. Dem muffigen, verstaubten Treiben der Universitäten, an denen oft noch durch ihre Nazi-Tätigkeit diskreditierte Damen und Herren unterrichteten, stellte man ein unklares, aber nicht undeutliches Ideal dessen gegenüber, was man für Bildung hielt.

Es war wie gesagt nur ein undeutlicher Wunsch. Vieles von dem, was in den Protestierenden gärte, hat sich gesellschaftlich durchgesetzt und ist der Dialektik aller Aufklärung unterlegen, vom Teamwork bis zur Mitbestimmung. Als meine Studenten an einer Kundgebung der Audimax-Besetzer teilnehmen wollten, fragten sie mich, den Vortragenden, höflich um Erlaubnis.

Mein erster Reflex war Bedauern. Uns sagte man seinerzeit, man, das heißt, die Gesellschaft sagte uns, wir sollen uns die Haare schneiden lassen und etwas arbeiten. Ins Fernsehen lud man uns eher nicht ein, dort stellte man uns höchstens als Freaks aus. Es war die letzte vordigitale Revolte. Auf die Idee zu fragen, ob wir demonstrieren gehen dürfen, wären wir nicht gekommen.

Neben aller Zivilisierung des Publikums und aller Demokratisierung der Universitäten kam es auch zu ihrer Kommerzialisierung und Privatisierung. Wie alles Öffentliche sahen sich auch die Universitäten als Inbegriff von öffentlichen Sphäre der Kritik ausgesetzt: Sie würden ihre Ausbildungsfunktion nicht angemessen erfüllen, der Wirtschaft zu wenig Verwertbares liefern (sofern ihre Institute nicht ohnehin direkt der Wirtschaft angegliedert waren).

Gerade mitten in der globalen Krise gilt: Universitäten waren und sind so etwas wie Seismografen gesellschaftlicher und kultureller Umbrüche. Sie sind auch so etwas wie das reflektierte Selbstverständnis einer Gesellschaft. Hier hält sich eine Demokratie lebendig, hier schafft sie das Wissen, angemessen über jene Interessen zu urteilen, die aneinander und an ihr zerren. Menschen zu solchen Urteilen fähig zu machen heißt, sie zu bilden. So verstehe ich den Sinn universitärer Autonomie.

Eine Gesellschaft, die ihre Universitäten austrocknet, weil sie sich nicht nach amerikanischem Muster eilfertig genug in den Dienst „der Wirtschaft“ nehmen lassen, ist dabei, die Basis ihrer freien Entscheidungen aufzugeben. Österreich: Hier fusioniert man das Wissenschaftsministerium mit dem Wirtschaftsministerium. Die Kulturnation als Avantgarde demokratischer Selbstaufgabe.

ZULETZT DIE GUTE NACHRICHT: „HÖHENFLUG DER UNIVERSITÄTEN“

Lichte Intervalle als Kontrapunkte in der
Chronik der bad news



Wären nur die schlechten Nachrichten gute, könnte sich der Pressereferent, sofern er zum Sarkasmus neigt, angesichts der Ausbeute zufrieden zurücklehnen. 2013 bot jede Menge *bad news* für die heimischen Universitäten, und mit der Hiobsbotschaft über die Fusion von Wissenschafts- mit Wirtschaftsministerium erreichte das Medieninteresse an der uniko-Position zwei Wochen vor Jahresende seinen Höhepunkt: Kaum eine Zeitung, die nicht von der mit Fotografen und TV-Kamerateams umrahmten Pressekonferenz der uniko berichtet hätte, nachdem zwei Tage zuvor der Aushang der schwarzen Fahnen an den Universitätsgebäuden die Stimmung angeheizt hatte. Sogar die Wochenzeitung *profil* sah sich veranlasst, erstmals in diesem Jahrzehnt ein fast ganzseitiges Interview mit dem Präsidenten der Universitätenkonferenz abzudrucken.

Drohende oder tatsächliche Konflikte sind noch immer der beste Stoff für mediale Aufmerksamkeit, das gilt auch für die Universitäten. Aber wie sieht es aus mit den tatsächlichen *good news* zur Hochschulpolitik? Ist dieser Anspruch bei den ewig gleichen Geschichten über leere Kassen, übervolle Hörsäle und die zur Epidemie anwachsenden alljährlichen Uni-Rankings nicht frivol?

Nun, es finden sich in der medialen Berichterstattung durchaus lichtvolle Intervalle, in denen das Jagdfieber bei der Suche nach Negativ-Schlagzeilen pausiert: Die Boulevardzeitung ÖSTERREICH scheute sich nicht, im

Oktober unter der Rubrik „100 Ideen für Österreich“ uniko-Präsident Heinrich Schmidinger auf einer halben Seite das „Jahrzehnt der Universitäten“ ausrufen zu lassen. Und die KLEINE ZEITUNG schreckte jüngst nicht davor zurück, auf einer Doppelseite den fünf steirischen Universitäten zehn Jahre nach ihrer Ausgliederung einen „Höhenflug in die Autonomie“ zu attestieren; erste Anzeichen eines Wandels der veröffentlichten Meinung, der nicht hoch genug zu würdigen ist. In den „Nullerjahren“ war noch vielfach das Pauschalurteil zu lesen, die Universitäten hätten die Chancen der Autonomie nicht oder zu wenig genützt.

31 Aber abgesehen vom Meinungsschwenk im Blätterwald: Erscheint angesichts des Vordringens von Social Media die Prioritätensetzung auf Printmedien, Rundfunk und Fernsehen überhaupt noch zeitgemäß, speziell vor dem Hintergrund des verschärften Existenzkampfes der Redaktionen? Die Antwort kann nur Ja lauten. Solange die Meinungsführer in Politik und Gesellschaft ihre Botschaften vorrangig via Gazetten, Radio und TV kommunizieren, wird sich die Universitätenkonferenz an diesem Austausch beteiligen. Allerdings beschäftigt sich in der uniko die AG Medien, betreut von David Baldinger, schon seit geraumer Zeit mit der Frage, wie einem jungen Publikum mit Distanz zu raschelndem Zeitungspapier und uncoolen TV-Bildschirmen zu begegnen ist. Soviel sei schon jetzt verraten: 2014 wird die uniko mit guten Nachrichten aufwarten.

ORGANE DER UNIVERSITÄTENKONFERENZ 2013

PRÄSIDENT

Heinrich Schmidinger
Universität Salzburg

PRÄSIDIUM

Gerald Bast
Vizepräsident
Universität für angewandte Kunst Wien

Christoph Badelt
Wirtschaftsuniversität Wien

Heinz Engl
Universität Wien

Christa Neuper
Universität Graz

Wolfgang Schütz
Medizinische Universität Wien

Sabine Seidler
Technische Universität Wien

PLENARVERSAMMLUNG

Universität Wien
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing.
Dr. Heinz Engl

Medizinische Universität Wien
Rektor Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Schütz

Universität Graz
Rektorin Univ.-Prof. Dr. Christa Neuper

Medizinische Universität Graz
Rektor Univ.-Prof. Dr. Josef Smolle

Universität Innsbruck
Rektor Univ.-Prof. Dr. Tilmann Märk

Medizinische Universität Innsbruck
Rektor Univ.-Prof. Dr. Herbert Lochs
ab 1. Oktober:
Rektorin Univ.-Prof. Dr. Helga Fritsch

Universität Salzburg
Rektor Univ.-Prof. Dr. Heinrich Schmidinger

Technische Universität Wien
Rektorin Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Sabine Seidler

Technische Universität Graz
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Harald Kainz

Montanuniversität Leoben
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Wilfried Eichlseder

Universität für Bodenkultur Wien
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Martin H. Gerzabek

Veterinärmedizinische Universität Wien
Rektorin Dr. Sonja Hammerschmid

Wirtschaftsuniversität Wien
Rektor Univ.-Prof. Mag. Dr. Christoph Badelt

Universität Linz
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Richard Hagelauer

Universität Klagenfurt
Rektor Univ.-Prof. Dr. Oliver Vitouch

Akademie der bildenden Künste Wien
Rektorin Mag.^a Eva Blimlinger

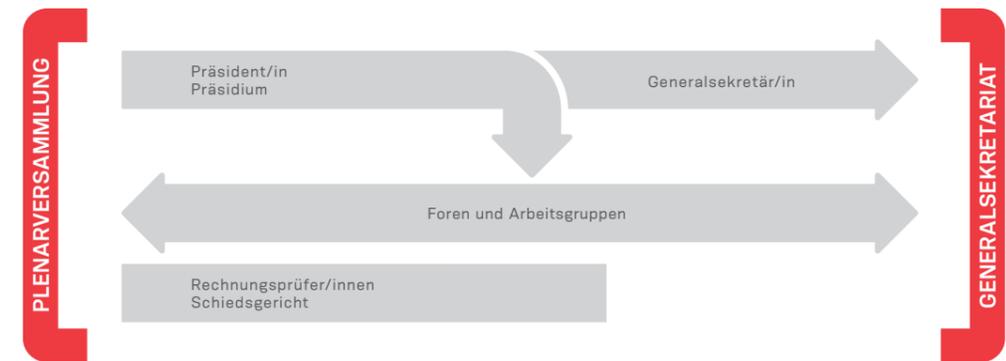
Universität für angewandte Kunst Wien
Rektor Dr. Gerald Bast

Universität für Musik und darstellende Kunst Wien
Rektor Univ.-Prof. Mag. Dr. Werner Hasitschka

Universität Mozarteum Salzburg
Rektor Univ.-Prof. Reinhart von Gutzeit

Universität für Musik und darstellende Kunst Graz
Geschäftsführender Vizekanzler
Univ.-Prof. Mag. Dipl.-Ing. Dr. Robert Höldrich

Universität für künstlerische
und industrielle Gestaltung Linz
Rektor Univ.-Prof. Dr. Reinhard Kannonier



FOREN

Foren sind Plattformen zur Kommunikation und Koordination zwischen den Mitgliedern der Rektorate in fünf Fachbereichen:

BUDGET UND RESSOURCEN

Vorsitz:
Vizekanzler Mag. Dr. Franz Wurm
Medizinische Universität Wien

Arbeitsplattform:
IUF – Infrastruktur und Facility Management

Subarbeitsgruppen:
Berichtswesen (Wissensbilanz)
CAFM (Computer-Assisted Facility Management)
Public Corporate Governance Kodex

FORSCHUNG UND ERSCHLIESSUNG DER KÜNSTE

Vorsitz:
Vizekanzlerin Univ.-Prof. Dr. Gabriele Kotsis
Universität Linz

Subarbeitsgruppe:
IPR (Intellectual Property Rights)

LEHRE

Vorsitz:
Vizekanzler Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek
Universität Graz

Subarbeitsgruppen:
AG STEOP Neu (Studieneingangs- und Orientierungsphase)
AG Neue Aufnahmeverfahren
AG Tagung Plagiat

Task-Forces:
Lehramt
Universitäre Weiterbildung

INTERNATIONALES

Vorsitz:
Vizekanzler Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann
Universität Wien

Subarbeitsgruppe:
Forum Fremdenrecht

PERSONAL

Vorsitz:
Rektor Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Schütz
Medizinische Universität Wien

Task-Force Gender & Diversity

Vorsitz:
Vizekanzlerin Univ.-Prof. Dr. Karin Gutiérrez-Lobos
Medizinische Universität Wien

Subarbeitsgruppe:
Dual Career

AG Medien

Vorsitz:
Rektor Univ.-Prof. Dr. Heinrich Schmidinger
Universität Salzburg

AG Quality Audit

Vorsitz:
Generalsekretärin Mag.^a Elisabeth Fiorioli
Österreichische Universitätenkonferenz

DACHVERBAND DER UNIVERSITÄTEN

Die Österreichische Universitätenkonferenz betreut auch den Dachverband der Universitäten. Dieser ist auf Arbeitgeberseite kollektivvertragsfähig.

Vorsitz:
Rektor Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Schütz
Medizinische Universität Wien

ARBEITSGRUPPEN

Arbeitsgruppen dienen der Behandlung spezifischer Anliegen bestimmter Typen von Universitäten:

KUNSTUNIVERSITÄTEN

Sprecher:
Rektor Dr. Gerald Bast
Universität für angewandte Kunst Wien

MEDIZINISCHE UNIVERSITÄTEN

Sprecher:
Rektor Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Schütz
Medizinische Universität Wien

TERMINE DER
PLENARVERSAMMLUNGEN 2013

- 11. außerordentliche Plenarversammlung
am 28. Jänner 2013
Generalsekretariat der Universitätenkonferenz
- 43. ordentliche Plenarversammlung
am 4. März 2013
Wirtschaftsuniversität Wien
- 44. ordentliche Plenarversammlung
am 29. April 2013
Veterinärmedizinische Universität Wien
- 45. ordentliche Plenarversammlung
am 24. Juni 2013
Universität Klagenfurt
- 46. ordentliche Plenarversammlung
am 14. Oktober 2013
Kunstuniversität Linz
- 47. ordentliche Plenarversammlung
am 16. Dezember 2013
Medizinische Universität Graz

AKTIVITÄTEN DER uniko
IN ZAHLEN 2013

Plenarversammlungen (inkl. Strategieklausur)	7
Präsidiumssitzungen	10
Sitzungen der Foren und (Sub-)Arbeitsgruppen (inkl. Dachverband der Universitäten)	83
Tagungen, die von der uniko (mit)veranstaltet wurden	7
Beschickte Tagungen im Ausland	10
Beschickte Tagungen im Inland	66
Vertretungen in nationalen Gremien	58
Vorträge von Mitgliedern des Generalsekretariats	8
Empfänge ausländischer Gäste	2
Pressekonferenzen/Pressegespräche	8
Presseaussendungen	26
ORF-TV-Sendungen alpha/Österreich (Österreichs Universitäten)	6
Newsletter	8
Offizielle Stellungnahmen	9

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER UNIVERSITÄTENKONFERENZ

Vorstand:
Präsident
Generaldirektor Dr. Walter Rothensteiner
Stellvertreter des Präsidenten
Rektor Univ.-Prof. Dr. Heinrich Schmidinger

Schriftführer
Univ.-Prof. Dr. Manfred Welan
Kassier
Dr. Gerhard Riemer



Elisabeth FIORIOLI
Mag.^a
Generalsekretärin



Doris SCHÖBERL
Mag.^a
Stellvertr. Generalsekretärin
Rechtsfragen, Dachverband



David BALDINGER
Mag.
ab 15. Feber Medienprojekte
und Social Media



Andrea BERNHARD
Dr.
Bologna-Prozess, Lehre
Hochschulbildung in Europa



Manfred KADI
Öffentlichkeitsarbeit



Wolfgang NEDOBITY
Mag.
Budget, Forschung



Gerda PRIESSNITZ
Organisation



Angelika SCHOLZ
Mag.^a
ab 1. August
Redaktion uniko-PEDIA



Nadine SHOVIKAR
MMag.^a
Internationales



Elisabeth WESTPHAL
Mag.^a
Bologna-Prozess, Lehre
Hochschulbildung in Europa
(karenziert)



Sylwia KRUL
Sekretariat

Raiffeisen
Meine Bank



Alles um uns verändert sich. Und das immer schneller. Da ist es wichtig, dass man nicht nur nachhaltig plant, sondern auch so handelt. Damit, was immer schon gut war, auch in Zukunft seinen Platz hat.

Nur eine Bank ist meine Bank.

Erst wenn man immer einen Schritt voraus ist, hat man auch genug Zeit, sich umzudrehen und zu erkennen, dass man auf dem richtigen Weg ist. Seit mehr als 125 Jahren bietet Raiffeisen Lösungen nicht nur für den Moment, sondern immer auch für die Zukunft. www.raiffeisen.at

